

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
Schwerin-Krosigk, Lutz Grf. v. MinDir. im RFM.	145	I	
katalogisiert Seite: 16-23b Sachkatalog: R Reg. II - 17a R Reg. II - 18 R Reg. II - 19	Personen: Schwerin-Krosigk, Lutz Grf. v. RFM Treviranus, Dr. Gottfried. RMin. Schleicher, Kurt v. Gen. Strasser, Gregor Mdr II-Schleicher, K. v.		
katalogisiert Seite: 1-25 Sachkatalog:  nicht verkartet	Personen:		
katalogisiert Seite: 24-25 Sachkatalog: R Reg. II - 21, Dönitz	Personen: Schwerin-Krosigk, Lutz Grf. v. AMin d. Reg. Dönitz. Himmler, Heinrich. RFSS II-RRReg. Dönitz Himmler, Heinrich. RFSS I Bohle, Ernst Wilhelm. StSekt.		
katalogisiert Seite: 25a-27 Sachkatalog: NSDAP III - Finanzierung Außenpol. I Finanzen III - Reichsschuld	Personen: Schwerin-Krosigk, Lutz Grf. v. RFM		

Seite: 28-33d

ohne Information

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf, RFM	145	I	<b>Vertraulich</b>
katalogisiert Seite: 34-35		<b>Personen:</b>	
Sachkatalog: Finanzen III - Dotationen		Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf, RFM	
katalogisiert Seite: 37-43		<b>Personen: Vertraulich</b>	
Sachkatalog: RReg. II - 17a RReg. II - 21 RReg. II - 18 Röhmputsch SA I		Schwerin v. Krosigk, Lutz Graf, RFM Hitler, Adolf II - 1. Röhm Röhm, Ernst, Stabschef SA Hitler, Adolf I	
katalogisiert Seite:		<b>Personen:</b>	
Sachkatalog:			
katalogisiert Seite:		<b>Personen:</b>	
Sachkatalog:			

25-745/1-3

B P

24. 4. 52

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Dr. Freiherr v. Siegler

München, den 9. Juli 1952

25-945/7 -4

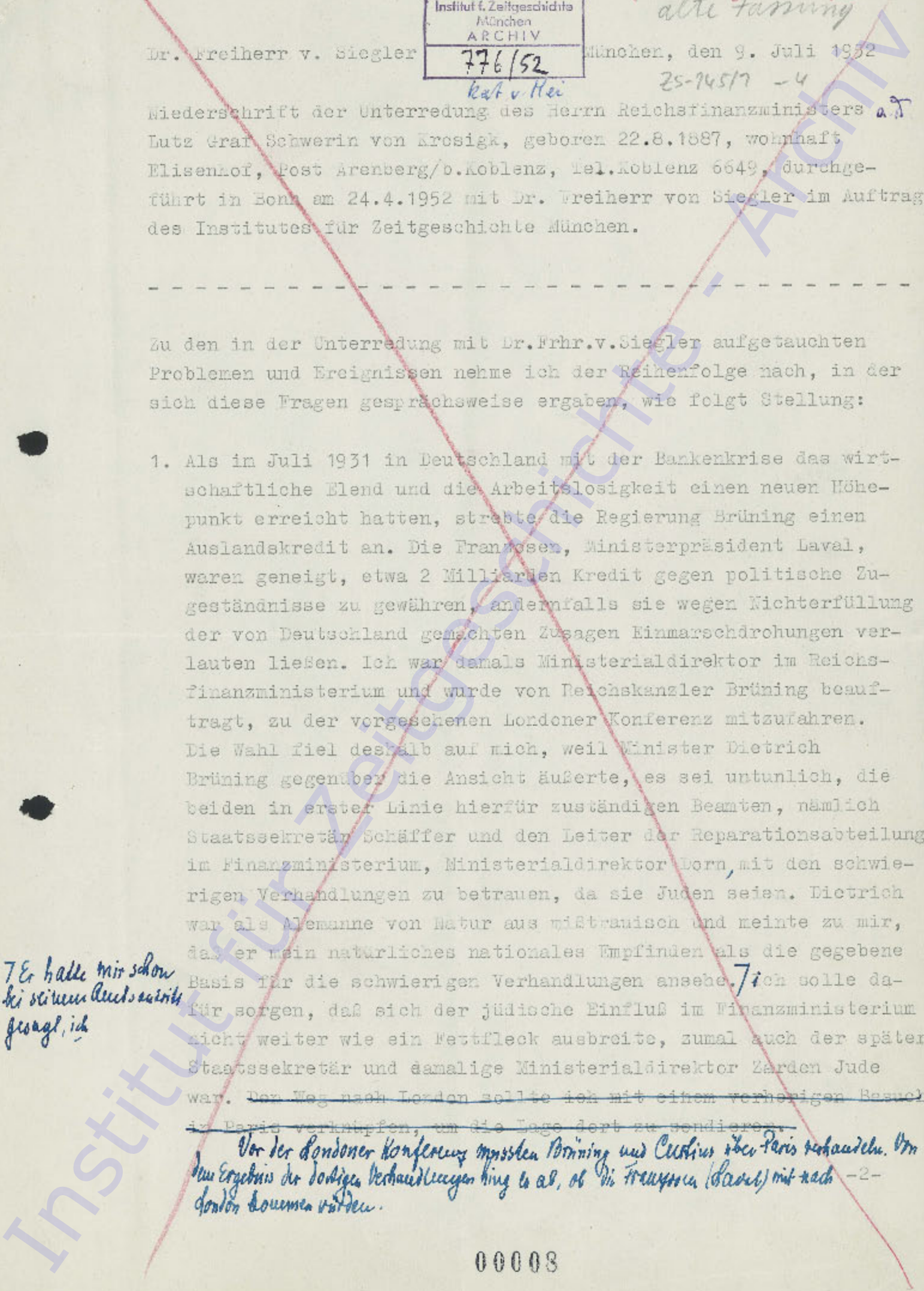
Niederschrift der Unterredung des Herrn Reichsfinanzministers a.T  
Lutz Graf Schwerin von Krosigk, geboren 22.8.1887, wohnhaft  
Elisenhof, Post Arenberg/b.Koblenz, Tel.Koblenz 6649, durchge-  
führt in Bonn am 24.4.1952 mit Dr. Freiherr von Siegler im Auftrag  
des Institutes für Zeitgeschichte München.

Zu den in der Unterredung mit Dr. Frhr.v.Siegler aufgetauchten  
Problemen und Ereignissen nehme ich der Reihenfolge nach, in der  
sich diese Fragen gesprächsweise ergaben, wie folgt Stellung:

1. Als in Juli 1931 in Deutschland mit der Bankenkrise das wirt-  
schaftliche Elend und die Arbeitslosigkeit einen neuen Höhe-  
punkt erreicht hatten, strebte die Regierung Brüning einen  
Auslandskredit an. Die Franzosen, Ministerpräsident Laval,  
waren geneigt, etwa 2 Milliarden Kredit gegen politische Zu-  
geständnisse zu gewähren, andernfalls sie wegen Nichterfüllung  
der von Deutschland gemachten Zusagen Einmarschdrohungen ver-  
lauten ließen. Ich war damals Ministerialdirektor im Reichs-  
finanzministerium und wurde von Reichskanzler Brüning beauf-  
tragt, zu der vorgesehenen Londoner Konferenz mitzufahren.  
Die Wahl fiel deshalb auf mich, weil Minister Dietrich  
Brüning gegenüber die Ansicht äußerte, es sei untunlich, die  
beiden in erster Linie hierfür zuständigen Beamten, nämlich  
Staatssekretär Schäffer und den Leiter der Reparationsabteilung  
im Finanzministerium, Ministerialdirektor Born, mit den schwie-  
rigen Verhandlungen zu betrauen, da sie Juden seien. Dietrich  
war als Alemanne von Natur aus misstrauisch und meinte zu mir,  
daß er mein natürliches nationales Empfinden als die gegebene  
Basis für die schwierigen Verhandlungen ansehe. Ich solle da-  
für sorgen, daß sich der jüdische Einfluß im Finanzministerium  
nicht weiter wie ein Fettfleck ausbreite, zumal auch der spätere  
Staatssekretär und damalige Ministerialdirektor Zarden Jude  
war. ~~Der Weg nach London sollte ich mit einem vorherigen Besuch  
in Paris verknüpfen, um die Lage dort zu sondieren.~~

*7Er hatte mir schon  
bei seinem Besuch  
gesagt, ich*

*Vor der Londoner Konferenz mussten Brüning und Cerdan über Paris verhandeln. Von  
dem Ergebnis der dortigen Verhandlungen hing es ab, ob die Franzosen (Paris) mit nach  
London kommen würden.*





Als ich etwa 1/2 Std. vor Abfahrt des Zuges bereits auf dem Bahnhof war, kam Wirtschaftsminister Treviranus in großer Eile auf den Bahnsteig mit der Mitteilung, daß soeben unter dem Vorsitz von Hindenburg sozusagen ein Kronrat stattgefunden habe unter Teilnahme von Brüning, Außenminister Curtius, Reichswehrminister Groener und ihm selbst. Die Franzosen hätten Truppen in Lothringen und am Rhein zusammengezogen. Es sei beschlossen worden, im Falle eines Einmarsches die Reichswehr nach Osten zurückzunehmen und statt der aussichtslosen Verteidigung im Westen einen Vorstoß nach Polen zu machen. Mich selbst beauftragte der Reichspräsident, auf Vorschlag von Treviranus hin, den genauen Zeitpunkt des Einmarsches heraus zu bringen und mit dem Stichwort "Sonnenschein" an das auswärtige Amt <sup>der Reichskanzler</sup> zu melden.

*7. um die durch den V.V. von Lorenz Fröhen, zumidest, loben. Von Treviranus habe er alle Herr über die Fall des Kolonnen über die Jagd. Laval Folge zugelegt.*

*7. sowohl der Einmarschbe. fällt heraus sei, dies mit*

*7. Ich habe über die Sache mit ihm gesprochen, mir die Möglichkeit des Vorstoßes zu verschaffen, das sich*

*7. und wird auf die Bitte von Treviranus, ihn dann wieder als Offizier abtreten zu lassen, mit dem gleichen höchsten Gehalt haben. Ja, ja, dann abtreten in die Gärten Käfer. Brüning Curtius und Groener werden auf dieses Spiel überhaupt nicht eingegangen sein, ebenso wenig auf den Vorschlag von Treviranus, mich zu beauftragen, das*

*7. Treviranus glaubte erst, daß es das, was er mir sagte, während es ein Gemisch von Tatsachen und Illusionen war. Am nächsten Morgen sah ich auf einem Balkon den mir bekannten deutschen Botschafter in Paris an meinem Schlafwagen entlang für Angewandte in den nächsten Schlafwagen eilen, in dem Brüning, Curtius u.a. übernachteten. Ich wollte ihn begrüßen, fand aber im Schlafwagen ganz keine*

~~Wie sich in meiner nachfolgenden Unterhaltung mit Finanzminister Dietrich ergab, hatte sich die Sache im oben. Kronrat tatsächlich so abgespielt, daß Groener jeden Widerstand als unnötig erklärte. Hierauf <sup>hat</sup> Treviranus etwa geäußert: "Dann wäre es wohl am besten, in Polen zur Kompensation einzumarschieren". Hindenburg <sup>hat</sup> ~~keine~~ <sup>keine</sup> hierzu. "Ja, ja, das wäre wohl das Beste." <sup>hat</sup> ~~aus dieser Äußerung Hindenburgs~~ <sup>hat</sup> ~~formulierte nun Treviranus in seinem Eifer gleich den Auftrag an mich, das Stichwort aus Paris durchzugeben.~~ <sup>hat</sup> ~~Im Schlafwagenzug traf ich den Pariser Botschafter Herrn v. Hoesch~~ <sup>hat</sup> ~~im Gespräch mit Reichskanzler Brüning. Brüning brachte die Frage des französischen Marsches zur Sprache. Hoesch bestätigte gewisse französische Truppenansammlungen und eine drohende Haltung Laval's. Es kam <sup>hat</sup> ~~zur~~ <sup>hat</sup> ~~Durchgabe~~ <sup>hat</sup> ~~des~~ <sup>hat</sup> ~~vorgesehenen~~ <sup>hat</sup> ~~Stichwortes~~ <sup>hat</sup> ~~und die ganze Sache wurde nie wieder aufgegriffen. Es gelang damals Brüning mit seinem Geschick, Laval in Paris herum zu bekommen, obwohl Brüning die Annahme einer politischen belasteten Anleihe ablehnte. Laval ging vollkommen vernünftig zur Londoner Konferenz und stellte sich damit der damaligen französischen Volksstimmung entgegen.~~~~~~

Ich lernte damals in Paris erstmals Francois-Poncet kennen, damals Kabinettschef von Laval. Er bezeichnete ~~die angeblichen Einmarschvorbereitungen~~ als leeres Geschwätz und faulen Zauber, würde der Berliner B sagen."

*7. einen Vorschlag, den am Nachmittage der beiden Konferenztag in einer etwas chaotisch verlaufenden Beratung Hoesch in der allgemein gebräuchlichen "formul" über das Konferenzergebnis machte, in echt Berliner Deutsch, als*



2. Zum Sturz von Brüning im Mai 1932 haben nach meinem Eindruck vielerlei Gründe zusammengewirkt. Ich möchte nennen:
- a) der zunehmende Vertrauensverlust Brünings bei Hindenburg, verursacht vor allem <sup>durch</sup> dessen Mangel an „fortune“;
  - b) von deutsch-nationaler Seite wurden sicherlich dahingehende Vorstöße gemacht;
  - c) Hindenburg selbst hatte das Empfinden und Bedürfnis, von der SDP. stärker abzurücken, und dies vor allem wegen der in Preußen eingetretenen ~~un~~leidigen Verhältnisse.
  - d) derselbe General v. Schleicher, der Brüning seinerzeit gemacht hat, benutzte nun das Vakuum auch von sich aus, um den wankenden Kanzler zu stürzen.-

Ich habe Schleicher noch 1932 in meiner Eigenschaft als Ministerkollege gefragt, warum er Brüning gestürzt habe. Schleicher antwortete mir: „Brüning brachte nichts zustande, er konnte keinen Entschluß fassen“. Schleicher pointierte dies genau so scharf, wie es Severing bringt. Aus diesem Gefühl heraus entschloß sich Schleicher, den Kanzler in seiner Position nicht zu stärken, sondern zu stürzen.

3. Die Episode, die Herr von Knebel-Döberitz meinem Schwager Zitzewitz-Murin über die Äußerung Schleichers erzählte, wonach Knebel nach der Ernennung Papens zu Schleicher gesagt habe: „Um Gottes willen, Papen ist doch kein Kopf“, worauf Schleicher antwortete: „Nein, aber ein Hut ~~und das suche ich~~“, - diese Episode ist bereits in meinem Ihnen zur Verfügung gestellten Material enthalten.

Nach meiner festen Überzeugung, die sich auf die Summe eingehender Erfahrungen stützt, wollte Schleicher immer der Mann im Hintergrund bleiben. Er wollte zwar die Zügel in der Hand haben, aber nicht selbst hervortreten. Diese Einstellung erreichte in der Ernennung Papens zum Reichskanzler ihren schärfsten Ausdruck, da man Papen als den Sprechminister Schleichers bezeichnen kann, zumindest war dies die Absicht bei der Ernennung, die sich dann nicht entsprechend erfüllte.

Im übrigen verweise ich auf meine Darstellung zum Fall

Schleicher, <sup>den</sup> auf dem Ihnen zur Verfügung gestellten Durchschlag meines Schreibens an General d. Artillerie a.D. Brich Freiherr von Bussche-~~pen~~burg.

Minister Freiherr von Braun und ich waren uns ab Beginn des Kabinettes Papen darüber klar, daß es sich nur um einen Übergang handeln könne, <sup>der</sup> nur solange existieren könnte, als es ein Gegengewicht gegen die extreme Rechte und Linke bildete. Nach meiner Überzeugung war Schleicher im Juli, besonders aber im August 1932 bereit, auch Hitler als Kanzler und nicht nur als Vizekanzler zu schlucken. Diese Möglichkeit scheiterte damals nicht an Schleicher, sondern wohl nur an Hindenburg.

Die Tätigkeit Schleichers als Akteur hinter den Kulissen, ja zunehmend als Hauptmacher der Reichsregierungen, war eine <sup>so</sup>notorische und bekannte Tatsache, daß es z.B. für Herrn von Knebel selbstverständlich war, nach der Ernennung Papens Schleicher zu fragen, warum er dies tat. Ebenso selbstverständlich war es für mich, zu fragen, warum er Brüning gestürzt hätte etc.. Hierzu trugen vor allem zwei Umstände bei:

- a) Gerade dadurch, daß die Reichswehr sich aus der Politik heraushielt, war sie zu einem eminent politischen Faktor geworden, der umso stärker den Ausschlag gab, je mehr die eigentlich berufenen Machtfaktoren, wie Reichstag und Regierung, durch innere Zerrissenheit und Wirtschaftskatastrophen geschwächt wurden. Da sich aber in der Reichswehr erlaubterweise niemand anderer als Schleicher mit Politik beschäftigen durfte und tatsächlich auch durch Jahre beschäftigte wie Schleicher, war dieser Mann ein Machtfaktor ersten Grades und später der erste Machtfaktor überhaupt geworden.
- b) Zu diesen äußeren Umständen kam die Tatsache, daß Schleicher von Natur aus für seine Stellung als politischer Akteur hinter den Kulissen hervorragend geeignet war. Obwohl Schleicher kein Frontsoldat und in der Truppe weitgehend unbekannt war, repräsentierte er für die Politik die Reichswehr wie sonst nur populäre Heerführer. Andererseits



wird Schleicher vor allem auch von seinen Offizierskollegen vielfach falsch beurteilt, da sie in ihm auch <sup>immer</sup> ~~den~~ <sup>immer</sup> ~~den~~ Offizier sehen. Seine Äußerungen sind nicht <sup>immer</sup> ~~nach~~ <sup>immer</sup> ~~nach~~ Offiziersbegriffen zu werten. Seine Stellung ist nicht <sup>allum</sup> ~~nach~~ <sup>allum</sup> ~~nach~~ Offiziersmaßstäben zu messen und kann von einem Offizier kaum richtig gewürdigt werden. Es ist daher auch falsch, seine Äußerungen als unumstößliche Wahrheiten und Grundsätze anzusehen. Sie sind als politische Äußerungen nur als jeweilige Ansichten zu werten, die der jeweiligen Lage und dem jeweiligen Zuhörer oder Gesprächspartner angepaßt waren. Er farbte seine Äußerungen, wie dies jeder Politiker ~~tun~~ <sup>muß</sup>, und war daher nicht nur kein Truppenführer, sondern auch in diesem Sinne <sup>mehr als Politiker denn</sup> ~~nur~~ <sup>mehr als Politiker denn</sup> ~~nur~~ als Offizier zu werten. Nach dem Gesagten ist es klar, daß Schleicher nicht allzugern Reichskanzler wurde.

4. In der letzten Sitzung des Kabinetts Papen im November 1932 kam es zu dramatischen Szenen. Zur Frage stand der Weg des von Reichskanzler Papen vorgesehenen offenen Kampfes der Regierung gegen links und rechts. Schleicher bestellte für diese Kabinettsitzung den damaligen Major Ott, späteren Militär-Attaché und Botschafter in Japan, zu einem einstündigem Vortrag. Der Vortrag gipfelte in der Feststellung, daß in einem Kampfspiel sich ergeben habe, daß die Reichswehr nicht gleichzeitig gegen rechts und links kämpfen könne. Nach dem Vortrag und Abgang Otts bat Papen die Herren um Äußerung. Hierbei teilte sich das Kabinett. Schleicher selbst, als Reichswehrminister, hielt sich zurück. Die Minister <sup>Frhr.</sup> v. Neurath, Gürtner, Frhr. v. Braun und ich stellten fest, daß nach dieser Erklärung des Major Ott der Weg Papens unmöglich zu beschreiten sei. Für Papens Weg setzte sich besonders Frhr. v. Gayl ein. Nach dieser Stellungnahme erklärte Papen mit Tränen in den Augen: "Ich sehe, daß ich die Majorität des Kabinetts nicht mehr hinter mir habe. Ich gehe zum Reichspräsidenten". - Schon nach wenigen Minuten kehrte Papen mit der Mitteilung zurück, daß der Reichspräsident <sup>seine</sup> ~~die~~ Demission seines Kabinetts angenommen habe, und stellte die Frage, was nun werden solle. Wir vier (Braun, Gürtner, Neurath und ich) erklärten, die Situation sei ganz klar; nunmehr müsse Schleicher die Sache selbst übernehmen. In der darauffolgenden Diskussion wurden



dann auch die Namen Neurath, <sup>und</sup> Gürtner, ~~Schwerin~~, als mögliche Nachfolger genannt, doch lehnten <sup>beide</sup> ~~er~~ alle drei sofort ab und beharrten <sup>an</sup> der Ansicht, daß nur Schleicher in Frage käme. Gürtner schloß die Debatte etwa mit den Worten: "Aber Schleicher gehen Sie gleich zum Feldmarschall und lassen Sie ihn nicht sitzen!" *Den alten Mann nicht so lange warten!"*

Erst in diesem Augenblick trat Schleicher in dieser Kabinettsitzung stärker hervor. Auf die wiederholten Hinweise von uns vier, insbesondere auf den letzten Appell Gürtners hin, folgte eigentlich nur ein kurzes "sich zieren", aber kein <sup>S</sup>träuben Schleichers gegen seine "Designierung" als Nachfolger durch uns.

5. ~~Gegen Ende der drei Interregnumswochen, die nach der November Reichstagswahl 1932 folgte, tauchte übrigens nochmals die Frage auf, ob Papen nicht neu zu beauftragen sei, wurde aber ~~gleich wieder fallen gelassen~~. Schleicher wollte in seinem neuen Kabinett 3 Änderungen durchführen, von denen nur 2 wirklich zustande kamen, nämlich statt Arbeitsminister Schäfer, der wiederum auf seinen Posten als Präsident des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen zurückkehrte, kam der tatkräftige Dr. Syrup von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, und Arbeitsvermittlung; und statt des Hrhr.v. Gayl kam der stellvertretende Reichskommissar für Preußen Dr. Bracht. Um das Schlagwort vom "Kabinett der Barone" zu entkräften, sollte auch ich durch den Bankier Melchior des Bankhauses Warburg & Co ersetzt werden. Dieser lehnte jedoch ab, da er meinte, daß er als Jude zu dieser Zeit nicht so in den Vordergrund treten wolle.~~
6. Schleicher sah das Ziel seines Kabinetts in folgender Erwägung: die große Koalition von SPD <sup>kurze dann</sup> ~~und~~ Deutschnationalen war nicht nur taktisch und politisch nicht mehr möglich, ~~sie~~ reichte auch ziffernmäßig nicht mehr für eine parlamentarische Mehrheit aus. Schleicher wollte daher versuchen, wenigstens einen Teil der NS-Stimmen und der ~~SPD~~ <sup>SPD</sup>-Stimmen für sein Kabinett zu gewinnen. Mit dieser ungewissen Mehrheit wollte er eine Weile durchhalten, und dann evt. Neuwahlen ausschreiben. Dieser sein grundsätzlicher Gedanke war nicht in allen Ein-



zelheiten ausgearbeitet, als er das Kabinett übernahm, sondern galt als allgemeine Marschrichtung. Schleicher hatte starke Querverbindungen sowohl zu den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften wie zur NSDAP. Hierbei ähnelten die Querverbindungen zu den Gewerkschaften in gewisser Hinsicht jenen zur NSDAP, da letztere zu Strasser, also deren linkem Flügel gingen. Schleicher beabsichtigte nicht, die NSDAP zu sprengen. Er äußerte sich jedoch auch mir gegenüber dahin, daß er das Abspplittern von Abgeordnetenstimmen, das sich dann auch bei der geplanten Reichstagsneuwahl auswirken sollte, <sup>Durch</sup> Strasser versuchen wolle; — dieser <sup>sei</sup> <sup>jetzt</sup> <sup>besser</sup> <sup>als</sup> <sup>Hitler</sup>. Mir ist nicht erinnerlich, ob die Strasserfrage auch im Kabinett besprochen wurde, aber unter uns haben wir sie jedenfalls <sup>mehr</sup>fach erörtert. Beide Versuche, sowohl das Heranziehen der Gewerkschaft als auch das des Strasser-Flügels scheiterten.

Nach dem Scheitern dieser Bemühungen blieb für Schleicher nur noch der Weg der stärksten Ablehnung des Nationalsozialismus übrig. Da auch die Kommunisten selbstverständlich seine Gegner waren, war Schleicher nunmehr bereit zum offenen Kampf. Was Schleicher bei Papen abgelehnt hatte, wollte er jetzt selbst durchführen und begründete dies damit, daß die Reichswehr auf seinen Befehl hin auch nach beiden Seiten sich schlagen könne und werde. Hindenburg wandte sich gegen diesen Gedanken nachdrücklich.

An das  
Institut für Zeitgeschichte

M ü n c h e n - 22  
Reitmorstr. 29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Freiherr v. Biegler und erteile mein Einverständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen Publikationen von meinen Äußerungen ggf. unter Namensnennung Gebrauch macht, bzw. sie veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

Elisenhof, den 16. Juli 1952 ..... Ludwig Graf Schrenk von Krausitz

Die Sprengung der NSDAP war nicht das Ziel, vielmehr hat sich Schleicher mit der Verbindung zu Strasser schloß, aber eine Durchsetzung erwünschte Folgewirkung.

In geeigneter Form und Ausweise



Private Bemerkungen:

1. Bei Interviews mit Dr. Schacht muß man berücksichtigen, daß dessen Darstellungen immer egozentrisch und zu seiner eigenen Glorifizierung dienen werden.
2. Bei Herrn von Papen ergeben sich gelegentlich beachtliche Gedächtnisstörungen. So erklärte er mir 1935, daß er im November 1932 mit den Nazis gehen wollen. Die tatsächlichen Vorgänge in der Kabinettsitzung beweisen das Gegenteil.
3. Dem SA.-Obergruppenführer Jüttner kenne ich als einen ausgezeichneten Mann und Charakter, dessen Darstellungen volles Vertrauen verdienen. Wenn von Verbindungen zwischen Röhm und Schleicher die Rede ist, so ist zweifellos Röhm an Schleicher herantreten vor dem 30. Juni und nicht umgekehrt. [Ich verweise als Quelle auf Herrn v. Behr, der während des Krieges längere Zeit in Paris beim Einsatzstab Rosenberg war.]

Dr. Freiherr von Siegler

München, den 9. Juli 1952

Niederschrift der Unterredung des Herrn Reichsfinanzministers a.D. Lutz Graf Schwerin von Krosigk, geboren am 22.8.1887, wohnhaft Elisenhof, Post Arenberg / b.Koblenz, Tel.Koblenz 6649, durchgeführt in Bonn am 24.4.1952 mit Dr.Freiherrn von Siegler im Auftrage des Instituts für Zeitgeschichte, München.

---

Zu den in der Unterredung mit Dr.Frhr.v.Siegler aufgetauchten Problemen und Ereignissen nehme ich der Reihenfolge nach, in der sich diese Fragen gesprächsweise ergaben, wie folgt Stellung.

1. Als im Juli 1931 in Deutschland mit der Bankenkrise das wirtschaftliche Elend und die Arbeitslosigkeit einen neuen Höhepunkt erreicht hatten, strebte die Regierung Brüning einen Auslandskredit an. Die Franzosen, Ministerpräsident Laval, waren geneigt, etwa 2 Milliarden Kredit gegen politische Zugeständnisse zu gewähren, andernfalls sie wegen Nichterfüllung der von Deutschland gemachten Zusagen Einmarschdrohungen verlauten ließen. Ich war damals Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium und wurde und wurde von Reichskanzler Brüning beauftragt, zu der vorgesehenen Londoner Konferenz mitzufahren. Die Wahl fiel deshalb auf mich, weil Minister Dietrich Brüning gegenüber die Ansicht äußerte, es sei untunlich, die beiden in erster Linie hierfür zuständigen Beamten, nämlich Staatssekretär Schäffer und den Leiter der Reparationsabteilung im Finanzministerium Ministerialdirektor Dorn, mit den schwierigen Verhandlungen zu betrauen, da sie Juden seien. Dietrich war als Alemanne von Natur aus mißtrauisch und meinte zu mir, daß er mein natürliches nationales Empfinden als die gegebene Basis für die schwierigen Verhandlungen ansehe. Er hatte mir schon bei seinem Amtsantritt gesagt, ich solle dafür sorgen, daß



sich der jüdische Einfluß im Finanzministerium nicht weiter wie ein Fettfleck ausbreite, zumals auch der spätere Staatssekretär und damalige Ministerialdirektor Zarden Jude war.

Vor der Londoner Konferenz mußten Brüning und Curtius über Paris verhandeln. Von dem Ergebnis der dortigen Verhandlungen hing es ab, ob die Franzosen (Laval) mit nach London kommen würden.

Als ich etwa 1/2 Stunde vor Abfahrt des Zuges bereits auf dem Bahnhof war, kam Wirtschaftsminister Treviranus in großer Eile auf den Bahnsteig mit der Mitteilung, daß soeben unter dem Vorsitz von Hindenburg sozusagen ein Kronrat stattgefunden habe unter Teilnahme von Brüning, Außenminister Curtius, Reichswehrminister Groener und ihm selbst. Die Franzosen hätten Truppen in Lothringen und am Rhein zusammengezogen. Es sei beschlossen worden, im Falle eines Einmarsches die Reichswehr nach Osten zurückzunehmen und statt der aussichtslosen Verteidigung im Westen einen Vorstoß nach Polen zu machen, um die durch den V.V. verlorenen Provinzen zurückzuerobern. Ihm, Treviranus, habe der "alte Herr" für diesen Fall das Kommando über die Goslaer Jäger zugesagt. Mich selbst beauftrage der Reichspräsident, auf Vorschlag von Treviranus hin, den genauen Zeitpunkt des Einmarsches herauszubringen und sobald der Einmarschbefehl heraus sei, dies mit dem Stichwort "Sonnenschein" an das Auswärtige Amt oder den Reichskanzler oder Treviranus zu melden.

Ich habe über die Sache nie mit jemandem gesprochen, mir aber nachträglich den Verlauf so konstruiert, daß sich die Sache im sogenannten Kronrat tatsächlich so abgespielt hat, daß Groener jeden Widerstand als unmöglich erklärte. Hierauf wird Treviranus etwa geäußert haben: "Dann wäre es wohl am besten, in Polen zur Kompensation einzumarschieren". Hindenburg wird hierzu gelächelt haben: "Ja, ja, das wäre wohl das Beste", und wird auf die Bitte von Treviranus, ihn dann wieder als Offizier eintreten zu lassen, mit dem gleichen Lächeln gesagt haben: "Ja, ja, dann bekommen Sie die Goslaer Jäger". Brüning, Curtius und Groener werden auf dieses Zwischenspiel überhaupt nicht eingegangen sein, ebensowenig auf den Vorschlag von Treviranus, mich zu be-



auftragen, das Stichwort aus Paris durchzugeben. Trevi-  
ranus glaubte ernsthaft an das, was er mir sagte, während  
es ein Gemisch von Tatsachen und Illusionen war. Am näch-  
sten Morgen sah ich auf einer Station den mir bekannten  
deutschen Botschafter in Paris an meinem Schlafwagen ent-  
lang zur Eingangstür in den nächsten Schlafwagen eilen, in  
dem Brüning, Curtius u.a. übernachtet hatten, wollte ihn  
begrüßen, fand aber im Schlafwagengang Herrn von Hoesch  
bereits im Gespräch mit Reichskanzler Brüning. Brüning  
brachte die Frage des französischen Einmarsches zur Sprache.  
Hoesch bestätigte gewisse französische Truppenansammlungen  
und eine drohende Haltung Laval's. Es kam natürlich nicht  
zur Durchgabe des vorgesehenen Stichwortes und die ganze  
Sache wurde nie wieder aufgegriffen. Es gelang damals  
Brüning mit seinem Geschick, Laval in Paris heranzubekommen,  
obwohl Brüning die Annahme einer politisch belastenden  
Anleihe ablehnte. Laval ging vollkommen veräuftig zur  
Londoner Konferenz und stellte sich damit der damaligen  
französischen Volksstimmung entgegen.

Ich lernte damals in Paris erstmals François-Poncet kennen,  
damals Kabinettchef von Laval. Er bezeichnete einen Vor-  
schlag, den am Nachmittag des zweiten Konferenztages in  
einer etwas chaotisch verlaufenden Beratung Hoesch in der  
allgemein gesuchten "formule" über das Konferenzergebnis  
machte, in echt Berliner Deutsch als "leeres Geschwätz und  
faulen Zauber, würde der Berliner sagen".

2. Zum Sturz von Brüning im Mai 1932 haben nach meinem Ein-  
druck vielerlei Gründe zusammengewirkt. Ich möchte nennen:
- a) der zunehmende Vertrauensverlust Brüning's bei Hindenburg,  
verursacht vor allem durch dessen Mangel an "fortune";
  - b) von deutsch-nationaler Seite wurden sicherlich dahin-  
gehende Vorstöße gemacht;
  - c) Hindenburg selbst hatte das Empfinden und Bedürfnis,  
von der SPD stärker abzurücken, und dies vor allem wegen  
der in Preußen eingetretenen leidigen Verhältnisse.
  - d) derselbe General von Schleicher, der Brüning seinerzeit  
gemacht hat, benutzte nun das Vakuum von sich aus, um  
den wankenden Kanzler zu stürzen. -



Ich habe Schleicher noch 1932 in meiner Eigenschaft als Ministerkollege gefragt, warum er Brüning gestürzt habe. Schleicher antwortete mir: "Brüning brachte nichts zustande, er konnte keinen Entschluß fassen". Schleicher pointierte dies genau so scharf, wie es Severing bringt. Aus diesem Gefühl heraus entschloß sich Schleicher, den Kanzler in seiner Position nicht zu stärken, sondern zu stürzen.

3. Die Episode, die Herr von Knebel-Döberitz meinem Schwager Zitzewitz-Muttrin über die Kußerung Schleichers erzählte, wonach Knebel nach der Ernennung Papens zu Schleicher gesagt habe: "Um Gottes willen, Papen ist doch kein Kopf", worauf Schleicher antwortete: "Nein, aber ein Hut", - diese Episode ist bereits in meinem Ihnen zur Verfügung gestellten Material enthalten.

Nach meiner festen Überzeugung, die sich auf die Summe eingehender Erfahrungen stützt, wollte Schleicher immer der Mann im Hintergrund bleiben. Er wollte zwar die Zügel in der Hand haben, aber nicht selbst hervortreten. Diese Einstellung erreichte in der Ernennung Papens zum Reichskanzler ihren schärfsten Ausdruck, da man Papen als den Sprechminister Schleichers bezeichnen kann, zumindest war dies die Absicht bei der Ernennung, die sich dann nicht entsprechend erfüllte.

Im übrigen verweise ich auf meine Darstellung zum Fall Schleicher auf dem Ihnen zur Verfügung gestellten Durchschlag meines Schreibens an General d. Artillerie a.D. Erich Freiherr von dem Bussche-Ippenburg.

Minister Freiherr von Braun und ich waren uns ab Beginn des Kabinetts Papen darüber klar, daß es sich nur um einen Übergang handeln könne, der nur solange existieren könnte, als es ein Gegengewicht gegen die extreme Rechte und Linke bildete. Nach meiner Überzeugung war Schleicher im Juli, besonders aber im August 1932 bereit, auch Hitler als Kanzler und nicht nur als Vizekanzler zu schlucken. Diese Möglichkeit scheiterte damals nicht an Schleicher, sondern wohl nur an Hindenburg.

Die Tätigkeit Schleichers als Akteur hinter den Kulissen, ja zunehmend als Hauptmacher der Reichsregierung, war eine so



notorische und bekannte Tatsache, daß es z.B. für Herrn von Knebel selbstverständlich war, nach der Ernennung Papens Schleicher zu fragen, warum er dies tat. Ebenso selbstverständlich war es für mich, zu fragen, warum er Brüning gestürzt hätte etc.. Hierzu trugen vor allem zwei Umstände bei:

- a) Gerade dadurch, daß die Reichswehr sich aus der Politik heraushielt, war sie zu einem eminent politischen Faktor geworden, der umso stärker den Ausschlag gab, je mehr die eigentlich berufenen Machtfaktoren, wie Reichsregierung und Regierung, durch innere Zerrissenheit und Wirtschaftskatastrophen geschwächt wurden. Da sich aber in der Reichswehr erlaubterweise niemand anderer als Schleicher mit Politik beschäftigen durfte und tatsächlich auch durch Jahre beschäftigte wie Schleicher, war dieser Mann ein Machtfaktor ersten Grades und später der erste Machtfaktor überhaupt geworden.
- b) Zu diesen äußeren Umständen kam die Tatsache, daß Schleicher von Natur aus für seine Stellung als politischer Akteur hinter den Kulissen hervorragend geeignet war. Obwohl Schleicher kein Frontsoldat und in der Truppe weitgehend unbekannt war, repräsentierte er für die Politik die Reichswehr wie sonst nur populäre Heerführer. Andererseits wird Schleicher vor allem auch von seinen Offizierskollegen vielfach falsch beurteilt, da sie in ihm auch nur den Offizier sehen. Seine Äußerungen sind nicht immer nach Offiziersbegriffen zu werten. Seine Stellung ist nicht allein nach Offiziersmaßstäben zu messen und kann von einem Offizier kaum richtig gewürdigt werden. Es ist daher auch falsch, seine Äußerungen als unumstößliche Wahrheiten und Grundsätze anzusehen. Sie sind als politische Äußerungen nur als Ansichten zu werten, die der jeweiligen Lage und dem jeweiligen Zuhörer oder Gesprächspartner angepaßt waren. Er farbte sein Äußerungen, wie dies jeder Politiker tut, und war daher nicht nur kein Truppenführer, sondern auch in diesem Sinne mehr als Politiker denn als Offizier zu werten. Nach dem Gesagten ist es klar, daß Schleicher nicht allzugern Reichskanzler wurde.



4. In der letzten Sitzung des Kabinetts Papen im November 1932 kam es zu dramatischen Szenen. Zur Frage stand der Weg des Reichskanzler von Papen vorgesehenen offenen Kampfes der Regierung gegen links und rechts. Schleicher bestellte für diese Kabinettsitzung den damaligen Major Ott, späteren Militär-Attaché und Botschafter in Japan, zu einem einstündigen Vortrag. Der Vortrag gipfelte in der Feststellung, daß in einem Kampfspiel sich ergeben habe, daß die Reichswehr nicht gleichzeitig gegen rechts und links kämpfen könne. Nach dem Vortrag und Abgang Otts bat Papen die Herren um Äußerung. Hierbei teilte sich das Kabinett. Schleicher selbst, als Reichswehrminister, hielt sich zurück. Die Minister Frhr.v. Neurath, Gürtner, Frhr.v. Braun und ich stellten fest, daß nach dieser Erklärung des Major Ott der Weg Papens unmöglich zu beschreiten sei. Für Papens Weg setzte sich besonders Frhr.v. Gayl ein. Nach dieser Stellungnahme erklärte Papen mit Tränen in den Augen: "Ich sehe, daß ich die Majorität des Kabinetts nicht mehr hinter mir habe. Ich gehe zum Reichspräsidenten". -

Schon nach wenigen Minuten kehrte Papen mit der Mitteilung zurück, daß der Reichspräsident seine Demission angenommen habe, und stellte die Frage, was nun werden solle. Wir vier (Braun, Gürtner, Neurath und ich) erklärten, die Situation sei ganz klar; nunmehr müsse Schleicher die Sache selbst übernehmen. In der darauffolgenden Diskussion wurden dann auch die Namen Neurath und Gürtner als mögliche Nachfolger genannt, doch lehnten beide sofort ab und beharrten auf der Ansicht, daß nur Schleicher in Frage käme. Gürtner schloß die Debatte etwa mit den Worten: "Aber Schleicher, gehen Sie gleich zum Feldmarschall und lassen Sie den alten Mann nicht so lange warten!"

Erst in diesem Augenblick trat Schleicher in dieser Kabinettsitzung stärker hervor. Auf die wiederholten Hinweise von uns vier, insbesondere auf den letzten Appell Gürtners hin, folgte eigentlich nur ein kurzes "sich zieren", aber kein Sträuben Schleichers gegenseine "Designierung" als Nachfolger durch uns.

5. Schleicher wollte in seinem neuen Kabinett 3 Änderungen durchführen, von denen nur 2 wirklich zustande kamen, nämlich statt Arbeitsminister Schäfer, der wiederum auf seinen



Posten als Präsident des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen zurückkehrte, kam der tatkräftige Dr. Syrup von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, und Arbeitsvermittlung; und statt des Freiherrn von Gayl kam der stellvertretende Reichskommissar für Preußen Dr. Bracht. Um das Schlagwort vom "Kabinett der Barone" zu entkräften, sollte auch ich durch den Bankier Melchior des Bankhauses Warburg & Co. ersetzt werden. Dieser lehnte jedoch ab, da er meinte, daß er als Jude zu dieser Zeit nicht so in den Vordergrund treten wolle.

6. Schleicher sah das Ziel seines Kabinetts in folgender Erwägung: die große Koalition von SPD bis zu den Deutschnationalen war nicht nur taktisch und politisch nicht mehr möglich, sie reichte auch ziffernmäßig nicht mehr für eine parlamentarische Mehrheit aus. Schleicher wollte daher versuchen, wenigstens einen Teil der NS-Stimmen und der SPD-Stimmen für sein Kabinett zu gewinnen. Mit dieser ungewissen Mehrheit wollte er eine Weile durchhalten, und dann evtl. Neuwahlen ausschreiben. Dieser sein grundsätzlicher Gedanke war nicht in allen Einzelheiten ausgearbeitet, als er das Kabinett übernahm, sondern galt als allgemeine Marschrichtung. Schleicher hatte starke Querverbindungen sowohl zu den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften wie zur NSDAP, da letztere zu Strasser, also deren linkem Flügel gingen. Die Sprengung der NSDAP war vielleicht nicht das Ziel, das sich Schleicher mit der Verbindung zu Strasser setzte, aber eine durchaus erwünschte Folgewirkung. Er äußerte sich auch mir gegenüber dahin, daß er das Absplittern von Abgeordnetenstimmen, das sich dann auch bei der geplanten Reichstagsneuwahl auswirken sollte, durch Strasser versuchen wolle; dieser sei jedenfalls besser als Hitler. Mir ist nicht innerlich, ob die Strasser-Frage auch im Kabinett besprochen wurde, aber unter uns haben wir sie jedenfalls mehrfach erörtert. Beide Versuche, sowohl das Heranziehen der Gewerkschaft als auch das des Strasser-Flügels scheiterten.

Nach dem Scheitern dieser Bemühungen blieb für Schleicher nur noch der Weg der stärksten Ablehnung des Nationalsozialismus übrig. Da auch die Kommunisten selbstverständlich



25-74517-19

seine Gegner waren, war Schleicher nunmehr bereit zum offenen Kampf. Was Schleicher bei Papen abgelehnt hatte, wollte er jetzt selbst durchführen und begründete dies damit, daß die Reichswehr auf seinen Befehl hin auch nach beiden Seiten sich schlagen könne und werde. Hindenburg wandte sich gegen diesen Gedanken nachdrücklich.

An das  
Institut für Zeitgeschichte, München

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Freiherrn v. Sieglar und erteile mein Einverständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen Publikationen von meinen Äußerungen ggf. unter Namensnennung Gebrauch macht, bzw. sie in geeigneter Form und Auswahl veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

Elisenhof, den .....

Dr. Freiherr v. Siegler

München 22, den 10. Juli 1952  
Reitmorstr.29

v.S./Sch/1

ZS-74517-20

Herrn  
Reichsfinanzminister a.D.

Lutz Graf Schwerin von Krosigk

Elisenhof/Post Arenberg/b.Koblenz

Hochverehrter Graf Schwerin!

Infolge widerlicher technischer und sonstiger Umstände mußte ich die Niederschrift unserer Unterhaltung schrecklich lange hinausschieben. Ich hatte beim Diktat den Eindruck, daß ich speziell die Pointen der Ziffer 1 nicht voll in Erinnerung und daher vielleicht etwas schief wiedergegeben habe. Ich bitte Sie dies zu entschuldigen und gegebenenfalls entsprechende Korrekturen zu machen. Wenn diese zu umfangreich sind, lassen wir hier eine neue Reinschrift anfertigen.

Falls alles so läuft wie ich hoffe, werde ich in den ersten Augusttagen wieder über Bonn nach München fahren und über den genauen Termin Ihnen noch Bescheid geben. Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Reichsminister, mir auf einer Karte wieder nach Bielefeld, Heeperstr.259 kurz mitzuteilen, wie die Sache steht. Ich bin bis einschließlich Donnerstag, den 17.7. in München, dann Adresse Bielefeld. Die Niederschrift bitte ich aber nach Korrektur im Original an das Institut zusenden, damit die Sachen hier weiterlaufen. Falls wir uns sehen könnten, würde ich auch gerne von Ihrer Einladung Gebrauch machen und nach Elisenhof kommen.- Übrigens habe ich eine sehr lebenswürdige Antwort von Reichsminister Lammers bekommen.

Vielen Dank im voraus und verbindlichste Empfehlungen sowie herzliche Grüße von

Ihrem sehr ergebenem

Anlage:

1 Original  
1 Kopie  
der Niederschrift

(v.Siegler)

00023a/Sch



25-74571-27  
Elisenhof / Arnberg, 14. 7. 52

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

776/52

Sehr verehrter Herr von Siegel!<sup>nat. v. Mei</sup>

Ihre Niederschrift unserer Unternehmung habe ich an das Institut zurückgegeben lassen, darin allerdings, vor allem zu Differ. 1, recht erhebliche Korrekturen vornehmen müssen. Bei der Einzelverständnisseilung habe ich etwas Bedauern wegen ihrer Unbestimmtheit. Manche meiner Äußerungen scheinen sich mir nicht für eine Publikation zu eignen. Vielleicht könnten wir hierüber nochmals mündlich sprechen.

Aufrege August bin ich vom 8.-11. verreist.  
An den übrigen Tagen wird ich mich über ein Niederschreiben sehr freuen und sehr zu gegebener Zeit einer Anmeldung gern entgegenkommen.

Mit verbindlichen Grüßen  
Ihr ergebener

Johannes Krosigk

000236/Sch

25-14517-22

Eidesstattl. Erklärung

1. 4. 1949

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Eidesstattliche Erklärung.

Ich, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, erkläre hierdurch an Eidesstatt, im Bewusstsein der strafrechtlichen Folgen der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung, zur Verwendung im Sprachverfahren gegen Herrn Ernst Wilhelm Bohle:

Ich war am 3. Mai 1945 von Doenitz zum Außenminister ernannt worden. Am 4. Mai meldete sich bei mir in Muerwitz bei Flensburg der damalige Staatssekretär Bohle und stellte sich zur Mitarbeit zur Verfügung. Er kam im Flugzeug aus Dresden zusammen mit General von Hatmer, dem Chef des Stabes des Feldmarschalls Schoerner, der zu Doenitz bestellt worden war, um unendlich ueber die Notwendigkeit des Rueckzuges der Heeresgruppe Schoerner und ihre Einbeziehung in die eingeleitete allgemeine Kapitulation informiert zu werden.

Bohle, der sich vorher bei Doenitz gemeldet hatte, erhielt von diesem den Auftrag, Himmler mitzuteilen, dass er unter Doenitz keinen Posten erhalten werde. Himmler machte sich seit dem 3. Mai um eine Aufnahme in die von Doenitz bestellte geschaeftsfuehrende Reichsregierung, die ich ihm als leitender Minister abgelehnt hatte. Er hatte daraufhin versucht, sie durch Einflussnahme auf Doenitz zu erreichen.

An der nun folgenden Besprechung nahmen nur Bohle, Himmler und ich teil. Bohle eroeffnete Himmler unweildentig, dass dieser nach der Entscheidung von Doenitz keine Stellung erhalten werde und keinerlei Taetigkeit mehr ausueben duerfe. Als Himmler ein auch mir gegenueber wiederholt gebrachtes Argument entwickelte, dass er der Ordnungsblock im Kampf gegen den Bolschewismus sei und dass es nur einer kurzen Aussprache mit Eisenhower oder Montgomery beduerfe, um von ihnen als solcher anerkannt zu werden, entgegnete ihm Bohle mit schneidender Schaerfe, dass jeder Englaender oder Amerikaner, der auch nur eine halbe Sekunde daran dachte sich mit ihm zu unterhalten, in der naechsten halben Sekunde von der oeffentlichen Meinung in England und USA hinweggefegt wurde.

Diese Stellungnahme Bohles war fuer ihn nicht so ungefaehrlich, wie es heute vielleicht erscheinen koennte. Denn Himmler hatte damals noch seine SS-Wachmannschaft bei sich und hatte auch in Nordraum SS-Truppen zur Verfuegung, die jeden Befehl von ihm durchgefuehrt haben wuerden.

Muerberg, den 1. April 1949

(Lutz Graf Schwerin von Krosigk)

Die unatahanda



Institut für Geschichte der DDR 521771
--

Die untenstehende Unterschrift von Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, vor mir, Dr. Elisabeth Gombel, geleistet, wird hiermit beglaubigt und von mir bezuget.

Lutz Graf Schwerin v. Krosigk, geboren am 1. April 1949 in Guederslohe, Kreis Guederslohe, ist ein Angehöriger der Wehrmacht, der am 1. April 1949 in Guederslohe, Kreis Guederslohe, in die Wehrmacht einberufen wurde. Er ist ein Angehöriger der Wehrmacht, der am 1. April 1949 in Guederslohe, Kreis Guederslohe, in die Wehrmacht einberufen wurde.

Dr. Elisabeth Gombel

Verteidiger an Militärtribunal  
 Guederslohe.  
 Dr. Elisabeth Gombel  
 Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist. Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist.

Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist. Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist.

Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist. Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist.

Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist. Die Wehrmacht ist ein Organ der Bundeswehr, das für die Verteidigung des Landes und die Wahrung der inneren Sicherheit zuständig ist.

Guederslohe, am 1. April 1949

(Lutz Graf Schwerin von Krosigk)

Staatsanwaltschaft

00025000

BP: durchgeführt  
von Schülze - Wilde

25-19517-24

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Interview Graf Schwerin von Krosigk.

Bericht 55

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
848/53

hat v. Hori

Unmittelbar nach der Machtübernahme trat die SA an den Finanzminister heran, ihr einen monatlichen Zuschuss zu gewähren. Ungefähr Mitte 1933 forderte Röhm als Stabschef der SA die Summe von monatlich 3 Mill., um die SA zu bewaffnen. Hitler, dem das nicht angenehm war, lehnte das Begehren Röhm's nicht ab, sondern verzeichnete sich hinter den Finanzminister und sagte, er könne nichts machen, da das Geld nicht vorhanden sei. Die SA erhielt dann einige Male größere Beträge, um laufende Schulden abzudecken zu können, und nachdem Röhmputsch sogar 60 Millionen zur Bezahlung aller Schulden.

Da auch das NSKK, die NSJ, die SA, die SS und sonstige NS-Organisationen an das Finanzministerium herantraten und Unterstützung forderten, wurde folgende Regelung getroffen:

An die einzelnen NS-Organisationen wurde nichts mehr gegeben, sie hatten ihre Forderung bei der Partei u.s. bei Hess anzumelden, dieser prüfte die Forderungen und stellte sie an das Finanzministerium. SA dürften 100 Millionen aus Staatsgeldern an die NSDAP geflossen sein, eine Summe, die sich bis zum Jahre 1944 auf 500 Millionen Mark steigerte. Reichsschatzmeister Schwarz liess durch seinen Vertreter Saupert diese Summe anfordern, aber Schwarz lehnte immer ab, die Summe aufzuschliessen. Er gewährte also dem Finanzministerium für diese Gelder keinerlei Einblick. Die Gelder wurden dann <sup>VON</sup> ~~IM~~ Reichsschatzmeister Schwarz auf Anweisung von Hess ausbezahlt.

1933 setzte ein grosser Auslandsboykott ein, d.h. nach dem 8. April, dem 1. Juden-Boykott, antwortete das Ausland mit einem Boykott zum Kauf deutscher Waren. Dieser Boykott wurde vornehmlich getragen von der 2. Internationale, den Sozialdemokraten. Die Kommunisten durchbrachen den Boykott mit der Bemerkung, er treffe in Wirklichkeit den deutschen Arbeiter und nicht den deutschen Kapitalisten. Soweit Graf Schwerin-Krosigk sich erinnern kann, wurde auch zu den laufenden Krediten, die Sowjetrussland beanspruchte zum Kauf deutscher Waren, ein weiterer Kredit in Anspruch genommen, wahrscheinlich in Höhe von 300 Millionen Mark, was einer ungeheuren Belebung der deutschen Wirtschaft gleichkam.

00025a/sch



Die Königsberger Messe, die alljährlich im Herbst stattfand, wurde vornehmlich von den skandinavischen Staaten, von Sowjetrussland, Balkanländern etc. besucht. Aber auch von westlichen Ländern. 1933 schickte zur Königsberger Messe kein einziges Land seine Vertreter ausser Litauen, die Tschechen und Sowjetrussland. Schwerin Krosigk ging als Vertreter der deutschen Reichsregierung nach Königsberg und bei dem offiziellen Staatsbankett traf er auf den russischen Botschafter und den tschechischen Gesandten. Er hatte die Anweisung erhalten, dem russischen Botschafter gegenüber ausserordentlich liebenswürdig zu sein. Dabei entwickelte sich folgendes Missverständnis:

Der russische Botschafter sprach sehr gebrochen deutsch und 2 Versuche, mit ihm ins Gespräch zu kommen, waren fehl geschlagen. Schwerin Krosigk machte einen 3. verzweifelten Versuch und bemerkte, er hatte bei Besichtigung des russischen Pavillons Jod gesehen und möchte gerne wissen, wie Jod hergestellt wird. Er wusste das natürlich, aber er wollte ein Gespräch beginnen. ~~XXXXXXXXXX~~ Der russische Botschafter sagte: "Ja, ja, die müssen werken." Der Botschafter sagte nochmals: "Excellenz haben mich falsch verstanden, ich möchte wissen, wie Jod hergestellt wird". Der russische Botschafter antwortete wieder: "Die müssen werken." Darauf wendete sich Schwerin Krosigk an den tschechischen Gesandten und bat um seine Vermittlung. Dabei stellte sich heraus, dass der russische Botschafter geglaubt hatte, Schwerin Krosigk hätte gefragt, ob die Juden arbeiten müssen- er hatte Jod mit Jod verwechselt.

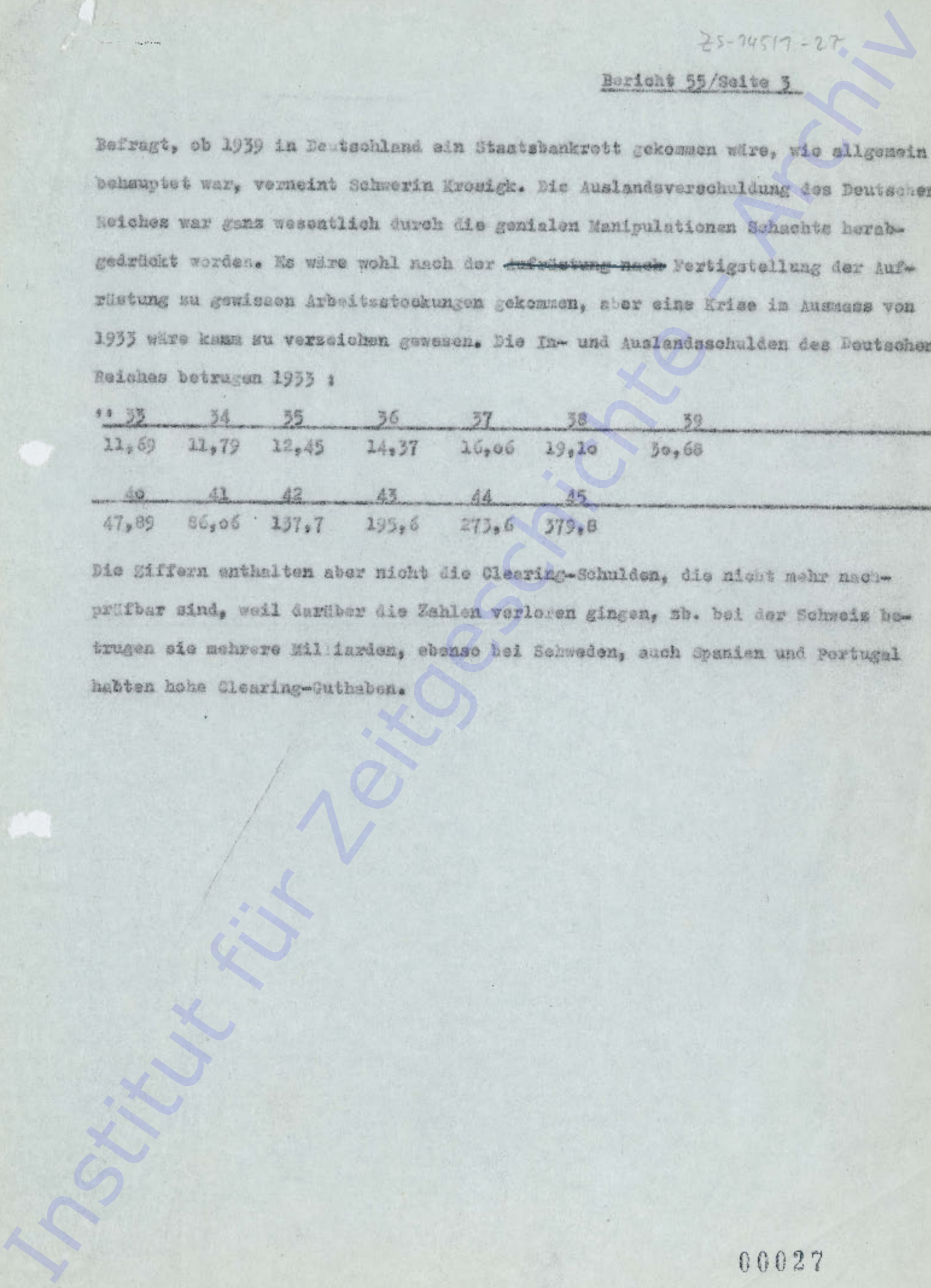
Interessant ist, dass nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise etwa 1930 der Schweizer Bankier Somari zu Schwerin Krosigk sagte, die Krise könne erst beseitigt werden, wenn die Oesterreichische Kreditbank zusammenbräche, Iwar Krögers Konzern in Konkurs ginge und auch die deutschen Banken ~~fallieren~~. Kurz darauf beging Kröger Selbstmord, die Oesterreichische Kreditbank brach zusammen und auch die deutschen Banken wurden von dem Strudel erfasst.



Befragt, ob 1939 in Deutschland ein Staatsbankrott gekommen wäre, wie allgemein behauptet war, verneint Schwerin Krosigk. Die Auslandsverschuldung des Deutschen Reiches war ganz wesentlich durch die genialen Manipulationen Schachts herabgedrückt worden. Es wäre wohl nach der ~~Aufstellung nach~~ Fertigstellung der Auf-  
 rüstung zu gewissen Arbeitsstauungen gekommen, aber eine Krise im Ausmass von 1933 wäre kaum zu verzeichnen gewesen. Die In- und Auslandsschulden des Deutschen Reiches betragen 1933 :

33	34	35	36	37	38	39
11,69	11,79	12,45	14,37	16,06	19,10	30,68
40	41	42	43	44	45	
47,89	86,06	137,7	195,6	273,6	379,8	

Die Ziffern enthalten aber nicht die Clearing-Schulden, die nicht mehr nachprüfbar sind, weil darüber die Zahlen verloren gingen, sb. bei der Schweiz betrugen sie mehrere Milliarden, ebenso bei Schweden, auch Spanien und Portugal hatten hohe Clearing-Guthaben.





ZS-74517 -28

Schr. 12.9.52

ū. 30.6.34

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



H. Schwan

Institut für Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
848/53

25 74517 - 29  
Eisenhof / Breuberg  
H. Hübner  
1219  
52

Kat. v. Ma

Sehr verehrter Herr von Sieglar!

Mit bestem Dank sende ich Ihnen den Führer  
zurück, da es unglaublich ist, ob ich in absehbarer Zeit  
nach München komme. Ich habe das Buch mit großem  
Interesse gelesen und habe das Empfinden, dass Sie Professor  
ein äußerst umfangreiches Material zur Verfügung gehabt  
hat und durchgesehen ist, es objektiv und ohne Vorurteil  
zu verwenden. Weiss man etwas Höheres über die Begeg-  
nung von Röhm, Schleicher und Krasser, die einige Zeit vor  
dem 30. Juni mit François-Poncet bei einem holländi-  
schen Finanzmann halbgefunden haben soll? Ist die Ver-  
bindung zwischen Röhm und Helden erwiesen? In Ver-  
bindung mit der Lektüre dieses Buches vor mir sehr viele,  
besond. eine Wiederherstellung mit Herrn von Tschirscky,  
Papier Adjunkten, Nr. 1905 nach England fliehen mosk.

Institut für Zeitgeschichte

00028

Er sollte mich vor einigen Zeit hier auf nach erzählen u. a.  
ste in Hintergründe in D. d. d. d.

Mit verbundenen Grüßen  
Ihr ergebener

Johann Krosigk

Institut für Zeitgeschichte, Archiv



Dr. Freiherr v. Siegler

München 22, den 19. September 1952  
Reitmorstr. 29

v.S./Sch/1

Herrn  
Reichsfinanzminister a.D.  
Lutz Graf Schwerin von Krosigk

Elisenhof/Post Arenberg  
b. Koblenz

Sehr verehrter Graf Schwerin!

Vielen Dank für das Buch und Ihren Brief vom 12. September. Letzterer hat mich allerdings recht enttäuscht, weil ich mich sehr gefreut hätte, Sie hier wiederzusehen. Schade, dass scheinbar der Bock für jemand anderen aufgehoben wurde.

Ich habe hier inzwischen einige Stunden mit Minister Lammers mich unterhalten, der auf Durchreise da war - Thema eigentlich ausschliesslich: wie wurde formal im Dritten Reich regiert? Also staats- und verfassungsrechtliche Fragen. In die hohe Politik sind wir noch nicht eingestiegen, da mir das erste Thema vordringlich war, um die Listen der Dienststellen auszuarbeiten.

Über das Thema "30. Juni 1934" wird hier durch unseren Generalsekretär eine Arbeit vorbereitet. Ich nehme an, dass sie noch vor Ende des Jahres erscheinen wird. Letzterer bedauert auch sehr, dass Sie nicht herkommen, da er zu diesem seinem derzeitigen Zentralthema noch einiges gerne gefragt hätte. Z.B. hat Röhm, als er von Ihnen die Millionen für seine SA forderte, auch gesagt, was er mit seiner SA anfangen will?

Herr v. Tschirschky war auch hier in München und sprach mit unseren Herren.

Zum Schluss möchte ich aber nicht verfehlen, Ihnen nochmals den Gedanken nahe zu legen, dem Sinn nach über die Gruppen zu schreiben, die im Dritten Reich anstelle der Parteien getreten waren. Nach wie vor glaube ich, dass Sie der Berufene wären, und hoffe, dass Ihnen Ihre Tochter auch noch zuredet, wie sie es mir versprochen hat.

Mit der Bitte die verehrte Gräfin und den Kindern meine Grüsse und Empfehlungen auszurichten und diese auch selbst entgegenzunehmen, verbleibe ich stets

Ihr sehr ergebener

ZS-74577-37  
B.P. v. 26.9.52  
Neufassung siehe  
S. 36

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



*Neufassung S. 537 alle Fassungen! 25-74517-32*

Dr. Freiherr von Sieglar

München, den 26. September 1952

v. S. / Sch

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
848/53 *Kab v. Mei*

Niederschrift der Unterredung des Herrn Reichsfinanzminister a. D. Lutz Graf Schwerin von Krosigk, wohnhaft Elisenhof/Post Arenberg bei Koblenz, durchgeführt in Arenberg am 7. August 1952 mit Dr. Freiherr von Sieglar im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

1. Osthilfe Landwirtschaft

Im Jahre 1932 war die zunehmende Notlage der Landwirtschaft ein primärer politischer Faktor. Eines der beliebtesten Heilmittel der Wirtschaftspolitik waren <sup>damals</sup> Kontingente. Diesbezüglich bestanden naturgemäss Gegensätze im Kabinett Papen und zwar zwischen dem Landwirtschaftsminister Frhr. v. Braun, der den Landwirten durch Einfuhrkontingentierung helfen wollte, und dem Wirtschaftsminister Warmbold (unterstützt durch Frhr. v. Neurath und Graf Schwerin), der durch Einfuhrkontingentierung ~~die letzten Reste~~ <sup>Aussenhandels</sup> den deutschen ~~Einfuhr~~ bedroht sah. In seiner kurzen Amtszeit versuchte das Kabinett Papen in dieser Frage einen Ausgleich zu treffen.

Um die Durchführung der Osthilfe auf ihre Recht- und Zweckmässigkeit hin zu überwachen und eine Verschleuderung der Gelder zu verhindern, hatten die Osthilfebetriebe eine eigene Zentrale der Entschuldungsbetriebe unter Herrn von Zitzewitz, jetzt Bonn, eingerichtet. Diese Osthilfezentrale stand den Banken dafür gerade und wurde von ihnen auch in dieser Funktion anerkannt, dass die Kredite nicht anders als bestimmungsgemäss verwendet wurden und kein Missbrauch mit Staatsgeldern <sup>getrieben</sup> wurde.

Am Tage vor der Entscheidung über den Rücktritt Brüning sprach Hindenburg stundenlang mit Graf Brünneck, der <sup>aus</sup> ~~den~~ von Graf Boreke gesammelten Akten hervorgeht, ~~als~~ <sup>wie</sup> ~~er~~ als etwaiger Nachfolger Brüning in Frage kam. Aus Unterredungen mit Graf Brünneck und aus den Akten Graf Boreke mit dessen Aussagen nach 1945 ergibt sich, dass Hindenburg dem Grafen Brünneck nichts von einer Denkschrift über eine Agrarreform etc. erzählt

*Teil langer Zeit ein vor. Handels Freund und Kol. gelehr. Hindenburg war.*



*und auf sie von seinen <sup>ausländischen</sup> russischen Freunden (Oldenburg) nachdrücklich hingewiesen worden sein wird.*

hat. Es ist kaum anzunehmen, dass er dies nicht getan hätte, wenn diese Denkschrift den behaupteten massgebenden Einfluss auf den Sturz Brünings gehabt hätte. <sup>7</sup> Sicherlich hat Hindenburg sehr lange gezögert, Brüning fallen zu lassen. Hindenburgs Stellungnahme war sicherlich auch dadurch mitbestimmt, dass er selbst als Landwirt die Sorgen der Landwirtschaft besonders gut verstand. Aber er kam eben zu dem gleichen Schluss, den wie schon erwähnt, auch Schleicher als für ihn selbst massgeblichsten Grund für den Sturz Brünings anführte, nämlich: Ihr seht ja selbst, dass Euer Mann zu nichts kommt und nichts zu Ende bringt. Die Erfolglosigkeit Brünings in der Innen- und Wirtschaftspolitik, die ständige Verschlechterung der Lage <sup>F</sup> waren der wirklich entscheidende Faktor dafür, dass Hindenburg und Schleicher ihn fallen liessen. Hinzu kam der im Volk unverkennbare Zug nach rechts, der gewiss zumindest die Sympathien Hindenburgs hatte. *F und das Unvermögen oder die Ablehnung Brünings, den Einfluss der D.P.D. vor allem in Preußen, auszuhalten.*

## 2. Der Sturz der preussischen Regierung

Nach dem 20. Juli 1932 wurden zweifellos viele Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten, die als ausgesprochene Vertreter des Regimes Braun/Severing galten, und auch dutzende von Landräten ihres Postens enthoben. Es wäre jedoch übertrieben, von einem Bergsturz zu reden, da Bracht, der die Dinge tatsächlich als damaliger stellvertretender Reichskommissar in Händen hatte, viel zu verständig war, um eine extreme Politik zu verfolgen. Er erklärte in Unterhaltungen z.B. mit Finanzminister Popitz oft, dass man keinesfalls zu viele Märtyrer schaffen dürfe und dass er in erster Linie eine echte Wiederherstellung des Beamtentums anstrebe. Unbestritten sind auch ~~sehr viele~~ Sozialdemokraten, die ihren Posten wirklich ausfüllten, weiterbelassen worden. Auch Papen war mit diesem Vorgehen von Dr. Bracht einverstanden. Es ist vielleicht ein Symptom für die Richtigkeit dieser Darstellung, dass nur wenig "Bitt- und Hilfsbriefe" nach dem Regimewechsel eingingen. Es ist ein bekanntes Beispiel, das auch in der Monarchie seine Parallelen findet. Z.B. wurden die Abgeordneten, die gegen den Bau des Mittellandkanals stimmten und gleichzeitig Regierungspräsidenten oder Landräte waren, vom Kaiser ihrer Posten enthoben (sogenannte Kanalrebelln). Schon Bismarck hatte den Standpunkt vertreten, dass die politischen

<sup>187</sup>  
7 Die Denkschrift, von der noch Exemplare vorhanden sein dürften, stammt hauptsächlich vom Reichsarbeitsminister - 3 - oder vom dem sog. "Klappjünglingen" der Freiwirtschaft ausgearbeitet worden. Sie enthält sehr radikale Vorschläge hinsichtlich der Neuordnung der Beteiligungsrechte für Siedlungsgebiete und mag von dem Betroffenen als "botschaftlich" empfunden worden sein.



Beamtens, bei denen ja auch keine Ansprüche auf eine entsprechende Vorbildung gestellt werden, ohne weiteres enthoben werden müssen, wenn sie nicht geeignet erscheinen, die von der Regierung verfolgte Politik auch wirklich durchzuführen. Heutige diesbezügliche Klagen über die Folgen des 20. Juli 1932 sind bestimmt nicht berechtigt.

3. Schleicher/Papen

Während Papen wenigstens die Unterstützung der Deutschnationalen fand und von Hindenburg bis zum Schluss als Kanzler unterstützt wurde, trafen beide Umstände für Schleicher bald nach seinem Regierungsantritt nicht mehr zu.

4. Der 30. Juni 1934

Zu Beginn des Jahres 1934 kam Röhm zu Graf Schwerin und bat um die Bereitstellung von etwa 30 Millionen RM (die Zahl ist aber nicht unbedingt verlässlich) monatlich für die SA, um diese zu bewaffnen und auszubauen. Er berief sich dabei auf eine angeblich bereits erteilte Zustimmung Hitlers. Graf Schwerin lehnte eine Zusage in dieser Form ab, ~~und war auf Wunsch Röhm's bereit, mit diesem die Frage bei Hitler zu besprechen.~~ Bei dieser Besprechung setzte Röhm zunächst Hitler seinen Wunsch auseinander. Hitler wandte sich dann an Graf Schwerin und fragte, ob der Finanzminister sich in der Lage sehe, diesen Wunsch zu erfüllen oder wieviel er geben zu können glaube. Graf Schwerin antwortete, er könne vielleicht 3, aber nicht 30 Millionen bereitstellen, um das Budget nicht zu gefährden. Hitler wandte sich dann an Röhm und erklärte, dass er sehr gerne die Wünsche unterstützt hätte, aber Röhm einsehen müsse, dass es leider nicht möglich sei. Hierzu ist zu bemerken, dass bei Hitler eine solche grosse Rücksichtnahme auf ~~das~~ Budget etwas ganz aussergewöhnliches, fast einmaliges war.

Etwas nach drei Wochen erfolgte ein Anruf Röhm's mit der Mitteilung, dass Hitler nunmehr die 30 Millionen bewilligt habe. <sup>1</sup> Wieder erfolgte eine Vorsprache bei Hitler mit dem gleichen <sup>bei Röhm</sup> negativen Ergebnis. ~~Sehen nach acht Tagen wiederholte sich diese Komödie zum dritten und später zum vierten und fünften Mal.~~

<sup>1</sup> Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde die Frage Hitler zur Entscheidung vorgelegt werden. - 4 -  
 Graf Schwerin erklärte, dass er sich auf solchen Antrag nicht einlassen könne und dass eine Botschaft des in der Chefbesprechung bei Hitler erzielten Ergebnisses nur in einer zweiten Chefbesprechung, nicht durch einseitigen Vortrag Röhm's herbeigeführt werden könne.



*[Diese Doppelungen haben sich noch öfters wiederholt. Bei einer dieser Gelegenheiten sagte Hitler, als Röhm noch nicht da war, dem Grafen Schwerin, er möge sich nicht durch Erklärungen beeinflussen lassen, die er, Hitler, abgegeben haben sollte, sondern an seiner sachlichen Stellungnahme festhalten. Vielleicht - 4 - hat Hitler wirklich, dass Röhm allein bei ihm war, vorgegebene Äußerungen gemacht und diese dann, nach der Finanzminister Rede, zurückgenommen. Jedenfalls wahr]*

25-14517-35

Röhm ~~lebte~~ über dieses wochenlange Spiel. Es war klar, dass Hitler den Finanzminister nur dazu benutzte, um seine eigene Ablehnung der Wünsche Röhm's zu verschleiern.

Von Geheimrat Hossfeld, Oberfinanzpräsident in Breslau, bekam Graf Schwerin als dessen Vorgesetzter 2-3 Tage vor dem 30. Juni die Mitteilung, dass er darauf aufmerksam machen müsse, dass die Situation in Breslau auf Häuten und Stechen stehe und Alarmzustand verkündet sei. Hossfeld war ein Freund des Generals von Kleist, damals Breslau.

In der Kabinettsitzung nach dem 30. Juni wurde nichts Sachliches in dieser Hinsicht besprochen. Göring gratulierte Hitler zu seinem Erfolg und Dr. Gürtner brachte die bekannte, nachher vom Reichstag gebilligte Entschliessung zur Verlesung. Das war alles. Eine mögliche Quelle für den 30. Juni 1934 ist ~~nicht bekannt~~ Staatssekretär Paul Körner.

5. Dönitz *[Auch die vielen Abenden in Mürwik, wo sie zusammen wohnten.]*

Am 2. oder 3. Mai 1945 hatte Graf Schwerin eine Aussprache mit Dönitz unter vier Augen. Dönitz betonte, dass Hitler sich ihm gegenüber von der anständigsten Seite gezeigt habe. Es war für Graf Schwerin unfassbar, wie Dönitz kein Auge für all die Fehler Hitlers gehabt habe. Dönitz betonte, dass er in so fundamentalen Fragen wie dem Kommissarbefehl und dem Befehl für die Abwrackung der grossen Schiffe seinen Willen gegen Hitler durchgesetzt habe. Der Kommissarbefehl und übrigens auch der Nacht- und Nebel-Erlass seien von Dönitz für die Marine nicht ausgegeben worden, wobei Dönitz dies Hitler mit der Bemerkung mitteilte, dass die Marine dafür nicht in Frage komme. Der Befehl, die grossen Schiffe abzuwracken, war nach einer Reihe von Misserfolgen der massgebende Anstoss für den Rücktritt Raeders. Hitler hatte erklärt, dass sich gezeigt habe, dass die grossen Schiffe zu nichts nütze wären, sie müssten daher abgewrackt, die Geschütze an Land eingebaut und die Mannschaft dem Heer zugeführt werden. Dönitz lehnte nach seiner Ernennung diesen Befehl gleichfalls ab, obwohl ~~ihm~~ ~~der~~ Grund für den Rücktritt von Raeder bekannt war. Hitler sagte darauf zu Dönitz: "Jetzt habe ich Sie deshalb zum OBdM gemacht und jetzt ~~nehmen~~ nehmen Sie die gleiche Stellung ein wie Raeder. Bitte überlegen Sie sich die Sache noch einmal."

*Ter von Kriegsbeginn den überleben Ausbau von U-Booten aus Hilfe der Grossschiffe gefordert hatte und gewiss ermassen der Aufpunkte von Raeder gewesen war. Aber damals hätte in Abwrackung nur Arbeit gemacht und nicht gekorrt, ohne dass für die U-Boote ein Fluss heraus...*



Dönitz setzte seine Ansicht durch, *obwohl Hitler lange Zeit nicht mit ihm sprach.*

Bei der Unterredung im Mai 1945 waren sich ~~jedoch~~ Dönitz und Graf Schwerin darüber einig, dass <sup>der Erfolg</sup> ein Widerstand gegen Befehle Hitlers weitgehendst davon abhing, dass er in geeigneter Form und möglichst nur unter vier Augen oder höchstens im aller-kleinsten Kreis erfolgte. Einig waren sich auch beide Herren darüber, dass die Formen durch viele Generale in dieser Hinsicht verletzt wurden. Viele der Herren, z.B. auch Feldmarschall von Manstein, kamen schon in schwerverärgelter Stimmung zu Hitler und machten sich kaum die Mühe, ihre Missachtung gegen dessen Ansichten zu verbergen, gingen auf diese garnicht ein etc.. So lag auch ein Teil der Schuld <sup>neben</sup> dem Starrsinn Hitlers, der seinerseits auch Komplexe gegenüber den Generalen hatte, an den Generalen selbst.

Als gleichfalls in den allerersten Maitagen <sup>von Graf Schwerin</sup> die Frage einer Nachfolge Keitel's <sup>angesprochen</sup> ~~erörtert~~ wurde, und dieser dann auch als erster aus dem Dönitz-Kreis durch die Alliierten verhaftet wurde, schlug Graf Schwerin auf Frage von Dönitz als Nachfolger Manstein vor. Dönitz erwiderte: "Ja, so klug wie Sie bin ich auch, aber Manstein hat abgelehnt." <sup>da</sup> ~~Auch Jodl hatte für Manstein plüdiert, der als einziger in Frage komme.~~ In der Gefangenschaft ergab es sich, dass Manstein von Dönitz aufgefordert worden war, sofort zu kommen. Als Manstein in Lübeck sich hierzu bereit erklärte, ~~wurde ihm gesagt, dass Dönitz keine Zeit habe.~~ Tatsächlich behauptet Manstein von Dönitz <sup>ausdrücklich</sup> nie wegen der Nachfolgefrage gefragt worden zu sein. 7

In der Gefangenschaft in Luxemburg ergab sich ein engerer Kreis Dönitz, Keitel, Jodl und ein zweiter mit dem 2. Souverän Göring und Lammers. Selbst in der Gefangenschaft wirkte damals noch diese Konkurrenz nach. Die Trennung der Tische war selbstverständlich. ~~Man aber vorriss an gebrauchten Tischen. Aber die Trennung wurde auch auf den Spaziergängen und~~

Steengracht, von Beruf eigentlich Landwirt, hatte Ribbentrop kennen gelernt, als dieser an der Botschaft in London war. Er machte zunächst den Eindruck eines charmanten Chefadjutanten, hat jedoch später als Staatssekretär angenehm enttäuscht. Viele

*Todes... auch die Minister Graf Schwerin und Funk, die Ad. Keitel und Generale - mit Ausnahme von Hartmann und Keitel, die zwischen den Fronten standen - und die Stabschefen, die mit in Mürwik gefangen waren, ausgeschlossen.*

*Steengracht als landwirtschaftlicher Offizier nach London geschickt wurde.*

- 9 *Außerdem habe Jodl erklärt, dass, wenn Heitel erschießt würde, er auch gehen werde. Dönitz sagte, dass es jetzt nicht mehr auf strategische Fähigkeiten ankomme, sondern auf Erfahrung und Beherrschung des deutschen Apparats. Ni besitzt aber Jode wie kein anderer. Deshalb könne er, Dönitz, Jode nicht erschießen.*
- L *Er könne nur an diesem Tage nicht kommen, sondern erst am einem der nächsten Tage, habe er aus dem Hauptquartier Dönitz nichts wieder gehört.*
- 7 *Es ist anzunehmen, dass die eingeschränkte Ablehnung Mansteins an Dönitz, die nicht selbst mit ihm telefonisch habe, in erstklassiger Form übermittelt worden ist.*



7 Da Steengracht bei den Fallisstellen <sup>6</sup> mehr durchschlagen konnte, von ihnen nicht so beargwöhnt wurde, auch bei Kibbenroop gelegentlich etwas zu erreichen vermochte und daher sehr viel mehr Möglichkeiten hatte, als der bei Killea und Kibbenroop verwehrt ganz abgeschrieben sind in den Fortschritten bespitzelte Weizsäcker.

Dinge liefen unter ihm besser und klarer als unter Weizsäcker. Steengracht beteiligte sich auch an der "Ausfuhraktion" von Juden ins neutrale Ausland gegen Schluss des Krieges.

*Handwritten signature/initials*

An das  
Institut für Zeitgeschichte München

M ü n c h e n - 22  
Reitmorstr.29

Hiermit anerkenne ich die sachliche Richtigkeit obiger Niederschrift und erteile mein Einverständnis, dass das Institut meine Äusserungen im Rahmen seiner wissenschaftlichen Forschungstätigkeit auswertet und ggf. in kurzen Ausschnitten unter ~~Namensnennung~~ zitiert. Im Falle der Veröffentlichung grösserer Absätze ~~etc.~~ behalte ich mir das fallweise Einverständnis zur Veröffentlichung und Namensnennung vor. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

*7 und der Namensnennung*

Elisenhof, den 8. Dezember 1952.....

*Graf Schreier Müssigh*

Institut für Zeitgeschichte



DR. FREIHERR VON SIEGLER  
MÜNCHEN 22  
Reitmorstr. 29

Herrn Reichsminister a.D.  
Lutz Graf Schwerin von Krosigk  
A r e n b e r g bei Koblenz  
Elisenhof

Sehr verehrter, lieber Graf Schwerin!

Anliegend die Niederschrift unserer Unterhaltung, die aus Versehen bei uns liegen geblieben ist. Ich hoffe, daß nicht zu viel Fehler und Irrtümer enthalten sind und bitte, gegebenenfalls ungeniert Verbesserungen anzubringen. Wenn Sie die Durchsicht erledigt haben, bitte ich um Rücksendung des Originals an uns.

Mit verbindlichsten Empfehlungen an die verehrte Gattin und guten Weihnachtswünschen für die Familie und besonders für Sie selbst

Ihr sehr ergebener



(v. Siegler)

00033c/sa

München, den 5.12.1952

580/52

Reg. 8.12.52 zj  
Sie

25-74517-38



Eisenberg, 8. 12. 52

Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV	848/53
--	--------

Vorheres Liefer Datum Siegel: Kauf v. Her

Am 2ten gültigen Datum, in der Niederschrift unge-  
nied. Vernehmungen ausgehört, habe ich wieder gesehen  
gemacht. In jeder nur der Fall hoffentlich nicht sein sein. Auf  
der ersten Seite habe ich in Bezugnahme auf Frau Protha  
ganz geschrieben. Ich orientiere mich natürlich nicht mehr mit di-  
desen - in etwa, wie nach die Vernehmung fortgesetzt - ob  
meine Stenotyp-Modelle im Anschluß nach oder ob die es selbst  
gesehen sind. Das Original geht auch zurück. Auch aus der  
Schlussklärung habe ich eine Herabsetzung gemacht. Wenn man  
Muniz in Publikationen gemacht werden soll, möchte ich vorher  
in jedem Fall gehört werden.

Das Heftnachdruck wird nun genau falls alles  
gute! bis vertustlichen Sprüche

Der Empfänger  
Johanna Morigg

Institut für Zeitgeschichte

Eingeg. am: 11. Dez. 1952

Tgh.-Nr. 580.

die

00033 d/sk



ZS-14517 -40

Vertraulich

Schr. v. 22.1.53

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Schweinin-Kopf **Vertraulich**

25-74517 - 407

Elisenhof/Arenberg

d. 22.1.53.

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
148/53  
Karl v. Mei

Institut für Zeitgeschichte			
Eingeg. am 2. Jan. 1953			
Fg.-Nr. Ka			
v.S.			

Sehr verehrter Herr von Siegler!

h. Bsch

auf die in Ihrem Brief vom 16.1. gestellten Fragen versuche ich, soweit meine Erinnerung reicht, eine Antwort zu geben:

1.) Es ist richtig, dass die Generalobersten und Feldmarschälle nach der Besoldungsordnung keine höhere Besoldung erhielten als die Generale der Infanterie, aber auf Grund einer Anordnung Hitlers, die vor dem Kriege - wahrscheinlich bei der Ernennung Blombergs zum Feldmarschall - erging, eine monatliche Aufwandsentschädigung erhielten, die einheitlich festgesetzt war. Den genauen Betrag kann ich nicht mehr mit Sicherheit angeben, glaube aber, dass die Summen von 2000 bzw. 5000 Mark stimmen dürften.

2.) Die Zahlungen von Dotationen gingen nicht über das RFM, sondern wurden direkt von der Reichskanzlei überwiesen, aus einem von Lammers verwalteten Fonds. Das RFM. erfuhr davon nur nachrichtlich zwecks Benachrichtigung der zuständigen Finanzämter. Da das eine reine Routine-Sache war, sind mir nicht alle Dotationsfälle vorgelegt worden. Ich kann daher keine lückenlosen Angaben machen. Dass Keitel und Milch Dotationen erhalten haben, weiss ich bestimmt. Von Bock weiss ich es nicht. Daran dass Rundstedt eine Dotation - ich weiss nicht, in welcher Höhe - erhalten hat, entsinne ich mich, dagegen nicht an Leeb. Die Dotationen variierten in ihrer Höhe sehr ( 100 - 500 000 RM. ). Höhere Beträge sind wohl nur an P.G. gezahlt worden (z.B. Ley und Ribbentrop). In verschiedenen Fällen sind aus den von der Haupttreuhandgesellschaft Ost über-



nommenen polnischen Gütern in Posen und Westpreussen, über die erst nach Friedensschluss endgültig verfügt werden sollte, Anwartschaften an Generäle gegeben worden; vereinzelt ist sogar das Eigentum übertragen worden, z.B. m.W. im Falle Guderian. Hiervon erhielt das RFM. amtlich keine Kenntnis.

3.) Die Kanzlei Buhler hatte mit diesen Dingen nichts zu tun. Ob Buhler trotz Unzuständigkeit hier eine Tätigkeit entwickelt hat, ist mir nicht bekannt.

4.) Über eine Schenkung an die Witwe Reichenau weiss ich nicht. Es mag sein, dass sie aus der polnischen Gütermasse (s.Ziff.1) ein Gut erhalten hat. Dagegen weiss ich mit Bestimmtheit, dass Kleist einen an sein Gut in Schlesien angrenzenden Teilbesitz erhalten hat. Es waren aber nach meiner Erinnerung erheblich weniger als 1000 ha.

5.) Auch die Rente an Frau von Brauchitsch ist nicht über das RFM. geleitet worden. Ich weiss nicht, ob sie aus dem von Lammers verwalteten grossen Verfügungsfonds oder aus dem von Meissner verwalteten Gnadenfonds des Reichspräsidenten stammte. Brauchitsch hat m. W. keine Dotation erhalten.

Mit besten Grüessen

Ihr sehr ergebener

*Murphy*



B.P. v. 26.9.52

Neufassung!

ZS-74517 -43

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Dr. Freiherr von Sieglar

München, den 26. September 1952

v.S./Sch

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
---

949/53 habe K&amp;C

Niederschrift der Unterredung des Herrn Reichsfinanzministers a. D. Lutz Graf Schwerin von Krosigk, wohnhaft Elisenhof/Post Arenberg bei Koblenz, durchgeführt in Arenberg am 7. August 1952 mit Dr. Freiherr von Sieglar im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

### 1. Osthilfe Landwirtschaft

Im Jahre 1932 war die zunehmende Notlage der Landwirtschaft ein primärer politischer Faktor. Eines der beliebtesten Heilmittel der Wirtschaftspolitik waren damals Kontingente. Diesbezüglich bestanden naturgemäss Gegensätze im Kabinett Papen und zwar zwischen dem Landwirtschaftsminister Frhr.v.Braun, der den Landwirten durch Einfuhrkontingentierung helfen wollte, und dem Wirtschaftsminister Warmbold (unterstützt durch Frhr. v. Neurath und Graf Schwerin), der durch Einfuhrkontingentierung den deutschen Aussenhandel bedroht sah. In seiner kurzen Amtszeit versuchte das Kabinett Papen in dieser Frage einen Ausgleich zu treffen.

Um die Durchführung der Osthilfe auf ihre Recht- und Zweckmässigkeit hin zu überwachen und eine Verschleuderung der Gelder zu verhindern, hatten die Osthilfebetriebe eine eigene Zentrale der Entschuldungsbetriebe unter Herrn von Zitzewitz, jetzt Bonn, eingerichtet. Diese Osthilfezentrale stand den Banken dafür gerade und wurde von ihnen auch in dieser Funktion anerkannt, dass die Kredite nicht anders als bestimmungsgemäss verwendet wurden und kein Missbrauch mit Staatsgeldern getrieben wurde.

*Wenige* ~~Am~~ Tage vor der Entscheidung über den Rücktritt Brüning sprach Hindenburg stundenlang mit Graf Brünneck, der seit langer Zeit ein vertrauter Freund und Ratgeber Hindenburgs war. Aus Unterredungen mit Graf Brünneck ergibt sich, dass Hindenburg dem Grafen Brünneck nichts von einer Denkschrift über eine Agrarreform etc. erzählt hat. Es ist kaum anzunehmen, dass er

*und auch nichts über seine Absicht, den Handel zu verlassen,*



7 und die in einem ebenfalls wohl noch existierenden Brief des damaligen Direktors der ostpreuss. Siedlungsgesellschaft, Frl. von Gage, an Hindenburg behandelt wird, die aber selbst dem massgebenden Hoblen (Osthilfsabt., Finanzminist.) nicht - 2 - bekannt war.

Er schenkte diese feste Absicht gehabt und vom 25-7-45/4-95

dies nicht getan hätte, wenn diese Denkschrift den behaupteten massgebenden Einfluss auf den Sturz Brüning gehabt hätte. Die Denkschrift, von der noch Exemplare vorhanden sein dürften, stammt wahrscheinlich vom Reichsarbeiter. Stegerwald oder ist von den sog. "Klepperjünglingen" der Preussenkasse ausgearbeitet worden. Sie <sup>soll</sup> enthielt sehr radikale Vorschläge hinsichtlich der Verwendung der Osthilfsbetriebe für Siedlungszwecke <sup>erhalten haben</sup> und mag von den Betroffenen als "bolschewistisch" empfunden worden sein. Sicherlich hat Hindenburg sehr lange gezögert, Brüning fallen zu lassen. Hindenburgs Stellungnahme war sicherlich auch dadurch mitbestimmt, dass er selbst als Landwirt die Sorgen der Landwirtschaft besonders gut verstand und auf sie von seinen ost- und westpreussischen Freunden (Oldenburg) nachdrücklich hingewiesen worden sein wird. Aber er kam eben zu dem gleichen Schluss, den wie schon erwähnt, auch Schleicher als für ihn selbst massgeblichsten Grund für den Sturz Brüning anführte, nämlich: Ihr seht ja selbst, dass Euer Mann zu nichts kommt und nichts zu Ende bringt. Die Erfolglosigkeit Brüning in der Innen- und Wirtschaftspolitik, die ständige Verschlechterung der Lage und das Unvermögen oder die Ablehnung Brüning, den Einfluss der S.P.D., vor allem in Preussen, auszuschalten, waren der wirklich entscheidende Faktor dafür, dass Hindenburg und Schleicher ihn fallen liessen. Hinzu kam der im Volk unverkennbare Zug nach rechts, der gewiss zumindest die Sympathien Hindenburgs hatte.

## 2. Der Sturz der preussischen Regierung

Nach dem 20. Juli 1932 wurden zweifellos viele Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten, die als ausgesprochene Vertreter des Regimes Braun/Severing galten, und auch dutzende von Landräten ihres Postens enthoben. Es wäre jedoch übertrieben, von einem Bergsturz zu reden, da Bracht, der die Dinge tatsächlich als damaliger stellvertretender Reichskommissar in Händen hatte, viel zu verständig war, um eine extreme Politik zu verfolgen. Er erklärte in Unterhaltungen z. B. mit Finanzminister Popitz oft, dass man keinesfalls zu viele Märtyrer schaffen dürfe und dass er in erster Linie eine echte Wiederherstellung des Beamtentums anstrebe. Unbestritten sind auch Sozialdemokraten, die ihren Posten wirklich ausfüllten, weiterbelassen worden. Auch Papen war mit diesem Vorgehen von Dr. Bracht einverstanden. Es ist vielleicht ein Symptom für die

9 Schleicher wird auch die "Anklagepunkte" ausgesprochen haben, die im Hinblick auf die entscheidende Entscheidung des Reichspräsidenten mit Brüning Meißner dem alten Herrn in die Hand drückte.



Richtigkeit dieser Darstellung, dass nur wenig "Bitt- und Hilfsbriefe" nach dem Regimewechsel eingingen. Es ist ein bekanntes Beispiel, das auch in der Monarchie seine Parallelen findet. Z.B. wurden die Abgeordneten, die gegen den Bau des Mittellandkanals stimmten und gleichzeitig Regierungspräsidenten oder Landräte waren, vom Kaiser ihrer Posten enthoben (sogenannte Kanalrebelln). Schon Bismarck hatte den Standpunkt vertreten, dass die politischen Beamten, bei denen ja auch keine Ansprüche auf eine entsprechende Vorbildung gestellt werden, ohne weiteres enthoben werden müssen, wenn sie nicht geeignet erscheinen, die von der Regierung verfolgte Politik auch wirklich durchzuführen. Heutige diesbezügliche Klagen über die Folgen des 20. Juli 1932 sind bestimmt nicht berechtigt.

### 3. Schleicher/Papen

Während Papen wenigstens die Unterstützung der Deutschnationalen fand und von Hindenburg bis zum Schluss als Kanzler unterstützt wurde, trafen beide Umstände für Schleicher bald nach seinem Regierungsantritt nicht mehr zu.

### 4. Der 30. Juni 1934

Zu Beginn des Jahres 1934 kam Röhm zu Graf Schwerin und bat um die Bereitstellung von etwa 30 Millionen RM (die Zahl ist aber nicht unbedingt verlässlich) monatlich für die SA, um diese zu bewaffnen und auszubauen. Er berief sich dabei auf eine angeblich bereits erteilte Zustimmung Hitlers. Graf Schwerin lehnte eine Zusage ab. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, musste die Frage Hitler zur Entscheidung vorgetragen werden. Bei dieser Besprechung setzte Röhm zunächst Hitler seinen Wunsch auseinander. Hitler wandte sich dann an Graf Schwerin und fragte, ob der Finanzminister sich in der Lage sehe, diesen Wunsch zu erfüllen oder wieviel er geben zu können glaube. Graf Schwerin antwortete, er könne vielleicht 3, aber nicht 30 Millionen bereitstellen, um das Budget nicht zu gefährden. Hitler wandte sich dann an Röhm und erklärte, dass er sehr gerne die Wünsche unterstützt hätte, Röhm aber einschen müsse, dass es leider nicht möglich sei. Hierzu ist zu bemerken, dass bei Hitler eine solche grosse Rücksichtnahme auf das Budget etwas ganz aussergewöhnliches, fast einmaliges war.

Etwa nach drei Wochen erfolgte ein Anruf Röhm's mit der



Mitteilung, dass Hitler nunmehr die 30 Millionen bewilligt habe. Graf Schwerin erklärte, dass er sich auf solchen Anruf nicht einlassen könne und dass eine Änderung des in der Chefbesprechung bei Hitler erzielten Ergebnisses nur in einer zweiten Chefbesprechung, nicht durch einseitigen Vortrag Röhm herbeigeführt werden könne. Wieder erfolgte eine Vorsprache bei Hitler mit dem gleichen für Röhm negativen Ergebnis. Diese Besprechungen haben sich noch öfters wiederholt. Bei einer dieser Gelegenheiten sagte Hitler, als Röhm noch nicht da war, dem Grafen Schwerin, er möge sich nicht durch Erklärungen beeinflussen lassen, die er, Hitler, abgegeben haben solle, sondern an seiner sachlichen Stellungnahme festhalten. Vielleicht hat Hitler wirklich, wenn Röhm allein bei ihm war, weitergehende Zusagen gemacht und diese dann, wenn der Finanzminister widersprach, zurückgenommen. Jedenfalls tobte Röhm über dieses wochenlange Spiel. Es war klar, dass Hitler den Finanzminister nur dazu benutzte, um seine eigene Ablehnung der Wünsche Röhm zu verschleiern.

Von Geheimrat Hossfeld, Oberfinanzpräsident in Breslau, bekam Graf Schwerin als dessen Vorgesetzter 2-3 Tage vor dem 30. Juni die Mitteilung, dass er darauf aufmerksam machen müsse, dass die Situation in Breslau auf Hauen und Stechen stehe und Alarmzustand verkündet sei. Hossfeld war ein Freund des Generals von Kleist, damals Breslau.

In der Kabinettsitzung nach dem 30. Juni wurde nichts Sachliches in dieser Hinsicht besprochen. Göring gratulierte Hitler zu seinem Erfolg und Dr. Gürtner brachte die bekannte, nachher vom Reichstag gebilligte Entschliessung zur Verlesung. Das war alles. Eine mögliche Quelle für den 30. Juni 1934 ist Staatssekretär Paul Körner.

#### 5. Dönitz

Am 2. Mai 1945 und an vielen Abenden in Mürwik, wo sie zusammen wohnten, hatte Graf Schwerin Aussprachen mit Dönitz unter vier Augen. Dönitz betonte, dass Hitler sich ihm gegenüber von der anständigsten Seite gezeigt habe. Es war für Graf Schwerin unfassbar, wie Dönitz kein Auge für all die Fehler Hitlers gehabt habe. Dönitz betonte, dass er in so fundamentalen Fragen wie dem Kommissarbefehl und dem Befehl für die Abwrackung der grossen



Schiffe seinen Willen gegen Hitler durchgesetzt habe. Der Kommissarbefehl und Übrigens auch der Nacht- und Nebel-Erlass seien von Dönitz für die Marine nicht ausgegeben worden, wobei Dönitz dies Hitler mit der Bemerkung mitteilte, dass die Marine dafür nicht in Frage komme. Der Befehl, die grossen Schiffe abzuwracken, war nach einer Reihe von Misserfolgen der massgebende Anstoss für den Rücktritt Raeders. Hitler hatte erklärt, dass sich gezeigt habe, dass die grossen Schiffe zu nichts nütze wären, sie müssten daher abgewrackt, die Geschütze an Land eingebaut und die Mannschaft dem Heer zugeführt werden. Dönitz lehnte nach seiner Ernennung diesen Befehl gleichfalls ab, obwohl er von Kriegsbeginn den stärkeren Ausbau von U-Booten an Stelle der Grossschiffe gefordert hatte und gewissermassen der Antipode von Raeder gewesen war. Aber damals hätte die Abwrackung nur Arbeit gemacht und Zeit gekostet, ohne dass für den U-Bootbau ein Plus herausgekommen wäre. Hitler sagte darauf zu Dönitz: "Jetzt habe ich Sie deshalb zum OEdM gemacht und jetzt nehmen Sie die gleiche Stellung ein wie Raeder. Überlegen Sie sich die Sache noch einmal." Dönitz setzte seine Ansicht durch, obwohl Hitler lange Zeit nicht mit ihm sprach.

Bei der Unterredung im Mai 1945 waren sich Dönitz und Graf Schwerin darüber einig, dass der Erfolg eines Widerstandes gegen Befehle Hitlers weitgehendst davon abhing, dass er in geeigneter Form und möglichst nur unter vier Augen oder höchstens im allerkleinsten Kreis erfolgte. Einig waren sich auch beide Herren darüber, dass die Formen durch viele Generale in dieser Hinsicht verletzt wurden. Viele der Herren, z. B. auch Feldmarschall von Manstein, kamen schon in schwerverärgelter Stimmung zu Hitler und machten sich kaum die Mühe, ihre Missachtung gegen dessen Ansichten zu verbergen, gingen auf diese garnicht ein etc.. So lag auch ein Teil der Schuld, neben dem Starrsinn Hitlers, der seinerseits auch Komplexe gegenüber den Generalen hatte, an den Generalen selbst.

Als gleichfalls in den allerersten Maitagen von Graf Schwerin die Frage einer Nachfolge Keitel's angeschnitten wurde, der dann als erster aus dem Dönitz-Kreis durch die Alliierten verhaftet wurde, schlug Graf Schwerin auf Frage von Dönitz als Nachfolger Manstein vor. Dönitz erwiderte: "Ja, so klug wie Sie bin ich auch, aber Manstein hat abgelehnt." ausserdem habe Jodl erklärt,



dass, wenn Keitel ersetzt würde, er auch gehen werde. Dönitz sagte, dass es jetzt nicht mehr auf strategische Fähigkeiten ankomme, sondern auf Erfahrung und Beherrschung des technischen Apparats. Die besitze aber Jodl wie kein anderer. Deshalb könne er, Dönitz, Jodl nicht entbehren. In der Gefangenschaft ergab es sich, dass Manstein von Dönitz aufgefordert worden war, sofort zu kommen. Als Manstein sich hierzu bereit erklärte, er könne nur an diesem Tage nicht kommen, sondern erst an einem der nächsten Tage, habe er aus dem Hauptquartier Dönitz nichts wieder gehört. Tatsächlich behauptet Manstein von Dönitz nie ausdrücklich wegen der Nachfolgefrage gefragt worden zu sein. Es ist anzunehmen, dass die eingeschränkte Ablehnung Mansteins an Dönitz, der nicht selbst mit ihm telephonierte hatte, in entstellter Form übermittelt worden ist.

In der Gefangenschaft in Luxemburg ergab sich ein engerer Kreis Dönitz, Keitel, Jodl, dem sich auch die Minister Graf Schwerin und Funk, die Admiräle und Generäle - mit Ausnahme von Warlimont und Reinecke, die zwischen den Fronten standen - und die Staatssekretäre, die mit in Mürwik gewesen waren, angeschlossen, und ein zweiter mit dem 2. Souverän Göring und Lammers. Selbst in der Gefangenschaft wirkte damals noch diese Konkurrenz nach. Man ass sowieso an getrennten Tischen. Aber die Trennung wurde auch auf den Spaziergängen und im Lesezimmer durchgeführt. Göring betrachtete sich durchaus als den eigentlichen "Souverän".

Steenbracht, von Beruf eigentlich Landwirt, hatte Ribbentrop kennen gelernt, als dieser an der Botschaft in London war und Steenbracht als landwirtschaftlicher Attaché nach London geschickt wurde. Er machte zunächst den Eindruck eines charmanten Chefadjutanten, hat jedoch später als Staatssekretär angenehm enttäuscht. Viele Dinge liefen unter ihm besser als unter Weizsäcker, da Steenbracht bei den Parteistellen mehr durchsetzen konnte, von ihnen nicht so beargwöhnt wurde, auch bei Ribbentrop gelegentlich etwas zu erreichen wusste und daher sehr viel mehr Möglichkeiten hatte, als der bei Hitler und Ribbentrop zuletzt ganz abgeschriebene und von Parteistellen bespitzelte Weizsäcker.



Steengracht beteiligte sich auch an der "Ausfuhraktion" von Juden ins neutrale Ausland gegen Schluss des Krieges.

An das  
Institut für Zeitgeschichte München

M ü n c h e n 22  
Reitmorstr. 29

Hiermit anerkenne ich die sachliche Richtigkeit obiger Niederschrift und erteile mein Einverständnis, dass das Institut meine Ausserungen im Rahmen seiner wissenschaftlichen Forschungstätigkeit auswertet. Im Falle der Veröffentlichung grösserer Absätze und der Namensnennung behalte ich mir das fallweise Einverständnis zur Veröffentlichung vor. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

Elisenhof, den 1. April 1959.....

*Graf Schwerin Skworsky*



E

Z

25-745M-57

16.3.1953

Ka

Herrn  
Reichsfinanzminister a.D.  
Lutz Graf Schwerin von Krosigk

[580]

Ho/Sch

Elisenhof/Post Arenberg/b.Koblenz

Reg. 20. 3. 53  
Ha

Hochverehrter Herr Minister!

Herr von Siegler, der leider Anfang März aus dem Institut ausgeschieden ist, hat mich bei seinem Weggang gebeten, die korrigierte Niederschrift seiner Unterredung mit Ihnen noch einmal abschreiben zu lassen und Ihnen dann vorzulegen.

Ich übersende Ihnen hiermit die gewünschte Neuschrift und darf Sie bitten, das Original uns unterschrieben wieder zusenden zu wollen.

Mit nochmaligen besten Dank und verbindlichsten Empfehlungen bin ich

Ihr ganz ergebener

A. Hoch

(Dr.A.Hoch)

Anlage

00036

Institut für Zeitgeschichte - Archiv